Freitag, 12. September 1924. Einzelnummer 15 Groschen. 63. Jahrgang. Nr. 210.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Złoty
bei der Geschäftsstelle . 3.50
bei den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Złoty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 30 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen, Reklameteil 25 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 75 Gr.



Der falsche Ausgangspunkt.

Zum Nationalitätenproblem.

Dr. Max Hildebert Boehm, der Verfasser des so schnell bekannt gewordenen Buches „Europa irredenta", das auch an dieser Stelle eine ausführliche Würdigung fand, stellt uns nachstehenden klugen und klaren Aufsatz zur Verfügung.

Die Schriftleitung.

Als im Herbst 1918 den Ideen des Präsidenten Wilson ein unerwarteter Sieg zu winken schien, waren auch breite Kreise des deutschen Volkes davon überzeugt, daß ein Zeitalter der Selbstbestimmung und damit der Freiheit und des Glückes der Völker anbräche. Der „Selbstbestimmungsfriede" erwies sich als ein frevelhafter Betrug, der überall zu ungunsten des deutschen Volkes wirkte. Aber auch der anderen, der indirekten Sieger Blütenträume traf ein häßlicher Reif. Und auch hier hieß der Urheber Wilson. In seinem Weltsystem, dessen Zentrum Washington hieß, sollten die Auswüchse der Selbstbestimmung durch Einschränkung der Staatssouveränität mit Hilfe des Weltstaatenvereins, Völkerbund genannt, aufgehoben werden. Zum Versuchskaninchen des Völkerbundes wurden dieselben Staaten erhoben, auf deren Konstituierung man noch Einfluß hatte. Man gab ihnen also mit der einen Hand die „Selbstbestimmung", das heißt den Anspruch auf nationalstaatliche Souveränität, man traute ihnen aber doch eine Bewältigung des Nationalitätenproblems aus eigener Kraft nicht zu und erfand deshalb den Minderheitenschutz durch äußere Staatsverträge und unter Völkerbundskontrolle. Laut erschallt heute die Klage dieser betrogenen Betrügerstaaten, daß der große Westen ihnen mit der anderen Hand etwas viel von dem Recht zum Unterdrücken genommen hätte, das sie schon so sicher in den Bereich ihrer „Selbstbestimmungs"pläne aufgenommen hatten.

Der Selbsterhaltungspolitik der gefährdeten deutschen Gebiete war damit ebenfalls ein doppelter Ausgangspunkt gesetzt. Sahen sie ihre erbitterten Gegner als verhätschelte Lieblingskinder auf den Knien von Wilson, so klammerten sie sich mindestens an die Rockschöße des neuen Weltenpräsidenten, um von Selbstbestimmung und Völkerbund auch etwas abzubekommen. Und während gerade damals die Gegner im Schutz ihrer Vordergrundspropaganda sehr geschickte Politik von Fall zu Fall machten, glaubten die Deutschen durch den Propagandalärm selber die Zwingmauern umwerfen zu können, die immer bedrohlicher rings um sie herum aufstiegen. So kam draußen und drinnen alles anders, als das deutsche Volk es sich erträumt hatte.

Nun hätten wir inzwischen ja freilich Zeit zum Aufwachen gehabt. An lärmenden und aufschreckenden Ereignissen hat es wahrhaftig schon vor dem französischen Ruhrfeldzug nicht gefehlt. Wir hätten uns darauf besinnen können, daß unser Elend nicht in Mißerfolgen des Tages, sondern in einer tiefen und seit langem angebahnten Untreue gegenüber unseren bodenständigen Ueberlieferungen und unserer schicksalsmäßigen Sendung im mitteleuropäischen Lebensraum wurzelte. Die Lage erinnert peinlich an die Zeit nach dem Wiener Kongreß. Damals drohte Mitteleuropa eine Kolonie des östlichen Zarismus zu werden und auch geistig der absolutistischen Gedankenwelt der sogenannten heiligen Allianz zu erliegen. Wie wir aber damals kein anderes Gegenmittel als die Pariser Importware hatten, so reagieren wir heute auf die westliche Demokratisierung lediglich mit östlichem Bolschewismus. Versuche bodenständiger Erneuerung bewegen die Jugend und einige Außenseiter; die breite Masse der Maßgeblichen wurstelt genau so in Tagespolitik weiter, wie beispielsweise Oesterreich-Ungarn das seit 1848 getan hat. Es hatte Gründe der verschiedensten Art, daß der falsche Ausgangspunkt, an den wir gewissermaßen mit verbundenen Augen in den Jahren 1917—19 geführt worden waren, nicht erkannt wurde, so daß wir aus ihrer Mischung von Eigensinn, Torheit und Schwäche heraus, trotz allen Mißerfolges, immer weiter in der nun einmal eingeschlagenen Richtung ins Leere tappen.

Sehen wir recht, so bahnt sich heute im Grenz- und Auslanddeutschtum eine gewisse Umkehr an. Der falsche Ausgangspunkt war dort auf der einen Seite die abstrakte Selbstbestimmungspropaganda ohne entschlossene Selbstbestimmungspolitik. Die Mahner einer solchen deutschen Selbstbestimmungspolitik sind diesseits und jenseits der neuen Grenzen Propheten in der Wüste geblieben. Anstatt mit der Stirn gegen die vermauerte Selbstbestimmungstür zu rennen, die fester ist als unser Kopf mitsamt dem Brett davor, werden wir uns auf sehr weite Umwege durch das Wirrsal der europäischen Politik besinnen müssen.

Der andere Ausgangspunkt, von dem aus wir uns durch unsere Feinde in Marsch setzen ließen, war der außerstaatliche Minderheitenschutz. Hier lag schon in der Parole eine verhängnisvolle Verführung. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die von uns widerstandslos aufgenommene Bezeichnung als „Minderheit" eine Beleidigung der mitteleuropäischen Nationalitäten darstellt und daß die Beflissenheit, mit der wir zu selbständigen Wortbildungen wie etwa „Minderheitenvölker" schreiten, eine unverständliche Torheit darstellt. Wenn wir darauf verzichten, auf Grund unserer geschichtlichen Leistungen im Osten Europas qualitativ als bodenständige Völker Mitteleuropas gewertet zu werden und uns damit auch in die Reihe der andern unterdrückten Nationalitäten zu stellen, wenn wir es selber anerkennen, nach zufälligen Mehrheitsverhältnissen in willkürlich abgegrenzten Bezirken qualifiziert oder besser und richtiger gesagt: lediglich qualifiziert zu werden, dann geben wir dem Gegner und seinen westlichen Schutzherren grundsätzlich soviel zu, daß an bestandhaftem Lebensrecht für uns eigentlich nichts mehr übrig bleibt.

Es darf in Ostmitteleuropa keine „Nationalstaaten" mit oder ohne künstlichem, von außen angeklebtem Minderheitenschutz geben. Hier muß unser geistig politischer Kampf auf das Ganze dieser Pseudo-nationalstaatlichen Verfassungen gehen. Wir wollen nicht unsere nationalen Vorrechte aus der kolonialen Epoche wiederhaben, die längst mit Zielstrebigkeit und nicht mit der österreichischen Wurstelei und Vorkriegszeit hätte liquidiert werden müssen. Wir wollen diese Vorrechte aber auch nicht gewissermaßen mit umgekehrtem Vorzeichen als ein Minderheitensinderrecht. Wir wollen zunächst, um den richtigen Ausgangspunkt für die beiderseitige Politik zu gewinnen, das Anerkenntnis der Tatsache, daß sämtliche Staaten der östlichen Randzone Nationalitätenstaaten sind und infolgedessen eine Verfassung brauchen, die diesem Grundcharakter ihrer Bevölkerung Rechnung trägt. Die natürliche Folge der verlogenen nationalstaatlichen Verfassung ist die Stufung der Staatsbürger in solche erster und zweiter Klasse. Die daraus erwachsenden Verwirrungen des Urteils haben bekanntlich bereits einem Präsidenten des polnischen Staates das Leben gekostet, wobei ein Pole einen Polen erschoß, weil er verfassungsmäßig gewählt war! Jetzt hat nach dem Wort eines deutschen Sejmabgeordneten Polen sogar versucht, durch Spaltung der Nationalitäten drei Klassen von Staatsbürgern oder zwei Klassen von Heloten mit unwirksamem Völkerbundsschutz einzuführen. Das Uebel frißt immer weiter. Stellen wir das verzerrte Problem der sogenannten Minderheiten in den richtigen Rahmen eines mitteleuropäischen Nationalitätenrechts auf großangelegte Gegenseitigkeit und unter dankendem Verzicht auf japanische oder chinesische Einmischung, dann kommen die Fragen überhaupt erst ans Tageslicht, die nun einmal unser einzigartiges in Jahrtausenden erwachsenes Schicksal sind und die wir an sich weder als Deutsche, Tschechen und Polen, noch als humanitäre Weltbürger oder europäische Amerikaner, sondern nur als Mitteleuropäer lösen können.

Nationalitätenrecht, ist konkret gesprochen, vielmehr Kulturrecht, Verwaltungsrecht, Arbeitsrecht als Minderheitenrecht und umgekehrt. Die engstirnig nationalistische Politik gewisser polnischer Kreise und der Magyaren z. B. ist von diesem Gesichtspunkt aus fast komisch zu nennen. Sie ist nicht nur unmoralisch, sondern dazu noch unglaublich töricht. Die Pfuscherei an den Symptomen, wie sie von Genf aus betrieben wird, führt uns nicht weiter. Das Recht Mitteleuropas muß vom Kern aus erneuert werden. Und das betrifft auch Staaten wie das jetzige Deutsche Reich, deren fremdvölkischer Einschlag so gering ist, daß dem Ganzen daraus ernstliche Gefahren überhaupt gar nicht erwachsen können, während beispielsweise Rumänien oder die Tschechoslowakei durch das Uebermaß an unzufriedenen Nationalitäten sich in ständiger Lebensgefahr befinden.

Nicht Paneuropa, sondern Mitteleuropa, nicht Staatenrecht, sondern Staatsrecht, nicht Völkerrecht, sondern Volksrecht, nicht Zwang, sondern freie Vereinbarung, nicht westliches oder östliches Diktat, sondern mitteleuropäische Selbstverantwortung, — damit wäre der Ausgangspunkt richtig gestellt. Die schöpferischen Aufgaben freilich, die uns damit gestellt sind, bedeuten — um mit unserem alten Fontane zu reden — ein sehr weites Feld...

Der beste und geeignetste Weg zum Frieden.

Abg. Thugutt in Genf. — Eine Unterredung. — Ein neuer Krieg unmöglich. — Ueber Deutschland und Rußland. — Die deutsche Minderheit in Polen.

Herr Thugutt, der ehemalige Führer der Wyzwolenie, ist seit den letzten Ereignissen, bevor der Sejm in die Ferien ging, sehr in den Hintergrund getreten. Von einzelnen Meinungen, die weniger Bedeutung hatten, mit Ausnahme des offenen Briefes an die Partei, hat man von ihm nichts gehört. Erst in den letzten Tagen meldete die polnische Presse, daß Thugutt sich auf einer größeren Auslandsreise befindet. Es ist nicht zu leugnen, daß Thugutt vielen anderen Politikern gegenüber eine der bekanntesten polnischen Persönlichkeiten im politischen Leben Europas ist. Sein Wort wird recht weit gehört, und er hat seinen Ruf soweit gefestigt, daß man ihm im Auslande Vertrauen schenkt.

Herr Thugutt sollte vor nicht allzu langer Zeit Außenminister werden. Die ganzen Kämpfe um ihn sind bekannt. Auch sein Auftreten in den Minderheitsfragen ist noch in Erinnerung. Gegenwärtig ist Herr Thugutt in Genf anwesend. Er hat bei dieser Gelegenheit einem Pressevertreter eine Unterredung gewährt, die wir nachstehend wiedergeben wollen.

Auf die Frage, welche Eindrücke er von der diesjährigen Völkerbundstagung habe und was er sich von der gewünschten **Lösung der Abrüstungsfrage** verspreche, erklärte Thugutt, daß diese Frage noch völlig im Dunkeln schwebe. Das Cecilsche Abrüstungsprojekt wurde von den meisten Mitgliederstaaten des Völkerbundes abgelehnt. Die Abrüstungsfrage sei jedoch zu ernst, um ohne weiteres abgelehnt zu werden. Die ganze Welt will den Lösungsweg suchen und kann ihn nicht finden. Die Abrüstungsfrage sei weniger eine Frage der praktischen Durchführung, als vielmehr **eine Frage der Psychologie. Der beste und geeignetste Weg zum Frieden ist der, daß man eine Zeitlang überhaupt von keinen Grenzen spricht.** Das ist auch das größte Hindernis der gegenseitigen Verständigung. Die gesamte Kulturwelt ist der Meinung, daß die Grenzen in unbefriedigender Weise gezogen sind. Die Deutschen sind mit ihren Grenzen unzufrieden, desgleichen die Polen, die Russen u. a. m. Es ist deshalb die beste Methode, vorläufig über die Grenzfragen zu schweigen und die ganze Energie auf die Heilung der durch den Krieg geschlagenen Wunden zu konzentrieren. Die gegenwärtige Tagung des Völkerbundes wird das Problem der Lösung näherbringen, aber an eine endgültige Lösung der Frage ist nicht zu denken. **Ein neuer Krieg ist eine Unmöglichkeit, wenn Europa überhaupt weiter bestehen soll.** Für Polen wird die Abrüstungsfrage erst dann spruchreif sein, wenn Polen die Garantie dafür hat, daß keiner seiner Nachbarn einen Angriff beabsichtigt. Bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin hatte ich Gelegenheit, mit einigen einflußreichen deutschen Politikern zu sprechen, bei welcher Gelegenheit ich feststellen konnte, daß eine Besserung in Deutschland eingetreten und festzustellen ist. Es ist jedoch noch nicht so weit, daß man das Gefühl vollständiger Sicherheit haben könnte.

Auf die Beziehungen zu Rußland übergehend, stellte der Korrespondent an den Abgeordneten die Frage, ob eine tatsächliche Verständigung Polens mit Rußland ausgeschlossen sei, nachdem sich die russischen Überfälle auf polnisches Gebiet täglich wiederholen.

Abg. Thugutt beantwortete die Frage folgendermaßen: Polen ist Rußlands Nachbar, und beide Staaten sind aufeinander angewiesen. Deshalb ist es auch hier geboten, einen Weg zu finden, **der zur Verständigung führt. Wir wollen keinen Quadratkilometer fremden Landes annektieren, aber wir werden uns auch keinen Fußbreit Bodens nehmen lassen.** Dagegen wird sich das ganze polnische Volk wehren.

Haben die Deutschen in Polen mit einer baldigen einigermaßen befriedigenden Lösung des Minderheitenproblems zu rechnen, frug Ihr Korrespondent weiter. Thugutt sagte:

Die Lösung der deutschen Frage in Polen wird durch ein besonderes Gesetz erfolgen, was in den weißrussischen und ukrainischen Sprachengesetzen angekündigt ist. Die Lösung der deutschen Frage in Polen wurde deshalb aufgeschoben, um die Lösung der ganzen Angelegenheit der Minderheiten nicht zu komplizieren. Die Deutschen in Polen und Pommerellen haben **heute schon gewisse Rechte,** die jedoch gesetzlich festgelegt werden müssen. **In Oberschlesien** sind diese Fragen durch das Genfer Abkommen geregelt. In Wahrheit gewährt die polnische Verfassung den Minderheiten weitergehende Rechte als die internationalen Abmachungen; es müssen nur die allgemeinen konstitutionellen Grundsätze in Form von Spezialgesetzen ausgebaut werden. Was die Aufnahme von Vertretern der Minderheiten in die Staatsämter betrifft, so hat die Kommission zur Ausarbeitung der Minderheitengesetze, deren Vorsitzender ich bin, eine Resolution angenommen, daß die Aufnahme wünschenswert ist, insoweit die Mitglieder der Minderheiten sich als loyale polnische Staatsbürger erweisen. Persönlich erblicke ich hierin keinerlei Gefahr für den Staat, da ich der Ansicht bin, daß wir schon in wenigen Jahren **gute polnische Bürger deutscher Nationalität haben und daß diese an der Pflege ihrer nationalen Eigenart durchaus ungehindert sein werden.**

In einer kurzen Erklärung über den angeblichen weißen Terror in Polen sagte Thugutt, daß die betreffende Kommission ihre Arbeiten noch nicht beendet habe. Bevor dies nicht erfolgt ist, sei ein endgültiges Urteil nicht möglich. Persönlich ist er nach wie vor der Meinung, daß vereinzelte Mißbräuche, wie überall, vorgekommen sein mögen, daß es aber in Polen kein diesbezügliches System gebe.

Apponyi über die Entwaffnung und die Minderheiten.

In der Generaldebatte. — Eine mutige Rede. — Ungarn kann nicht zum Aeußersten getrieben werden. — Zwei Systeme des Rechts unter den Nationen.

Die Generaldebatte der dritten Kommission über die Tätigkeit des Völkerbundes im verflossenen Jahre ist heute fortgesetzt worden. Das Ereignis, das in aller Munde ist, war die Rede des ehrwürdigen 75jährigen Grafen Apponyi, des ersten Delegierten Ungarns. Apponyi spricht französisch und spricht zu Anfang dem Völkerbund den Dank Ungarns aus für die Unterstützung in der Frage der Sanierung der Finanzen. Mit warmen, lebendigen Worten spricht er vom Völkerbund und seinem großen Ziel. Besonderen Dank bringt er der englischen und italienischen Regierung entgegen.

Nach dieser Einleitung geht er auf die Frage der Minderheiten ein. Er stellt fest, daß auch die berechtigsten Wünsche unerfüllt geblieben seien, wodurch eine beklagenswerte und gefährliche Beunruhigung unter den Minderheiten entstand. Die Minderheiten glaubten, daß Beschwerden keinerlei Gehör fänden. Die Mitglieder des Rates seien selbstverständlich mit bezug auf diese Frage in erster Linie von den politischen Interessen der Staaten geleitet, die sie vertreten, so daß die Ratsmitglieder sich nur in den dringendsten Fällen in die schwierige Lage begäben, auf der gerechten Behandlung der Minderheiten zu bestehen. Es gelte, den Minderheiten das Gefühl zu verschaffen, daß sie Gerechtigkeit erlangen können. Der Redner schlägt vor, daß die Zahl der Beschwerden, die dem Rat unterbreitet werden, in möglichst ausführlicher Weise zusammengestellt werden sollen. In allen Fällen, in denen dem Rat eine berechtigte Beschwerde über die Verletzung von Verträgen unterbreitet werde, solle die Angelegenheit vor den ständigen Internationalen Gerichtshof gebracht werden. „Meine Regierung,“ so erklärt Apponyi, „ist zu einem dahingehenden Abkommen bereit, da wir ein unbedingtes Vertrauen zu dem Internationalen Gerichtshof haben.“ Der Redner erinnert daran, daß sein Land 3,3 Millionen Mitbürger infolge des Friedensvertrages einbüßte. Deshalb sei diese Frage für Ungarn von ganz außerordentlicher Bedeutung.

Bei der Behandlung der Entwaffnungsfrage kommt Apponyi auf einen sehr wunden Punkt zu sprechen, den noch keiner der Vertreter der verschiedenen Staaten im Völkerbunde so offen zu berühren wagte. Der Vertreter Ungarns führte aus, daß die Friedensverträge, die den besiegten Ländern die Entwaffnung auferlegten, nun auch endlich die allgemeine Entwaffnung, die Entwaffnung der sogenannten Siegerstaaten bewirken müßten.

„Wir sind entwaffnet,“ ruft der Redner aus, „und alle Nationen um uns herum sind bis an die Zähne bewaffnet. Von dem Augenblick an, da wir uns loyal auf den Boden des Friedensvertrages gestellt haben, können wir verlangen, daß die Ausführung dieses Vertrages auch auf der anderen Seite loyal und vollständig erfolge. Der Vertrag von Trianon hat uns vollständig entwaffnet. Es heißt darin, daß diese Entwaffnung der allgemeinen Rüstungseinschränkung sämtlicher Nationen vorhergehen solle. Man hat uns also die Entwaffnung auferlegt, die den Beginn zur allgemeinen Entwaffnung eröffnen sollte. Der Völkerbundspakt bestimmt, daß der Völkerbundsrat die Lösung der Abrüstungsfrage vorbereiten solle. Die Entwaffnung Ungarns geht über die im Völkerbundspakt vorgesehenen Grenzen hinaus. Man verbietet uns sogar die Herstellung der Schutzmittel (!) gegen Gasangriffe. Diesen Zustand kann eine Nation nicht ertragen, ohne daß Empörung Platz greift. Die Abrüstungsfrage hat Fortschritte gemacht. Der Völkerbundsrat muß nunmehr gemäß den Vorschriften des Paktes feststellen, was für alle Nationen als Minimum der Rüstungen zur nationalen Verteidigung notwendig ist. Dieser Vertrag gilt für alle. Die vom Völkerbund erstrebte Verbrüderung und moralische Einigkeit ist unmöglich, solange gewisse Nationen einer Ausnahmebehandlung unterworfen sind. Solange dies der Fall ist, gibt es für die Nationen zwei verschiedene Rechtssysteme. Wir werden den von MacDonald und Herriot verkündigten allgemeinen Frieden erst dann erlangen, wenn jenes System in der Behandlung der Nationen verschwunden ist. Das Ergebnis der Londoner Konferenz stärkt unsere Hoffnungen, und auch auf dem Gebiete des obligatorischen Schiedsgerichts ist ein beträchtlicher Erfolg erzielt worden. Die kleinen Nationen, die die fakultative Klausel des obligatorischen Schiedsgerichts anzunehmen wünschen, erwarten, daß die Großmächte den ersten Schritt tun, um ihrem Beispiel zu folgen. Nachdem England und Frankreich in der schwierigsten Frage die obligatorische Schiedsgerichtsklausel angenommen haben, gibt es keine unüberwindbaren Schwierigkeiten mehr, die sich zur Einführung auch auf anderen Gebieten in den Weg stellen könnten. Die Großmächte haben erklärt, daß sie zur allgemeinen Rüstungsverminderung zu Schiedsgerichten und zu Sicherheitsgarantien gelangen wollen. Dieser Wille hat sich endlich auch durch einen Akt kundgegeben, der eine moralische Verpflichtung herstellt. Wenn ich auch aus dem Entwurf der Resolution, die vom endgültigen Frieden spricht, keine zu weitgehenden Schlüsse ziehe, so zeigen doch die Londoner Ergebnisse, daß man sich bemüht, zwischen den bisher getrennten Nationen eine Brücke zu schlagen. An diesem moralischen Fortschritt wird Ungarn loyal und so wirksam als möglich mitarbeiten.“

Apponyi schließt seine mutige Rede mit den Worten: „Unsere nationalen Ideale, an denen wir festhalten, lassen sich vereinigen in dem großen Menschenwerk zur Schaffung des Friedens und der Gerechtigkeit.“ Dieser Rede folgte langandauernder Beifall.

Nach ihm sprach der britische Staatssekretär Henderson. „Es bestehen,“ so führte Henderson aus, „nunmehr zwei große Organisationen des Bundes: „Der Internationale Gerichtshof und das Internationale Arbeitsamt. Bedeutungsvoll ist, was das Arbeitsamt bereits geleistet hat. Viele Länder wünschen mit Hilfe des Völkerbundes die Lage ihrer Arbeiterschaft zu verbessern. Die Besserung ihrer Lage ist das Mittel, die große Masse der Bevölkerung zu erfassen, ihren Glauben an den Völkerbund zu stärken. Der Völkerbund kann durch engere Zusammenarbeit in den sozialen Fragen viel gewinnen. Es wäre zu wünschen, daß uns der Bund alljährlich einen zusammenfassenden Bericht über die Tätigkeit aller Arbeiterorganisationen verschaffte. Die Arbeit dieser Organisationen steht im Zusammenhang mit den wichtigsten Fragen des Völkerbundes. Unter den Arbeitermassen findet die Idee des Völkerbundes zahlreiche Anhänger, aber sie müßten mit dem Bund in engere Verbindung gebracht werden. Der Bundespakt hat die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit für den Frieden anerkannt. Im Interesse seiner Zukunft muß der Bund an der sozialen Hebung in seinen Ländern arbeiten.“

Pressestimmen.

Rotterdam, 10. September. Die „Morningpost“ meldet über die geheime Sitzung des Völkerbundsrates am Dienstag, daß er sowohl die Frage der Kontrolle der Rüstungen wie der Untersuchung in Staaten auf Grund der Friedensverträge von Versailles, Trianon und Saint Germain nicht zur Entscheidung gebracht, sondern dem Plenum des Völkerbundes überwiesen hat. Aus der Rede Lord Parmoors meldet die „Morningpost“, daß der Lord ausführte, man dürfe das Arbeitsgebiet des Völkerbundsrates nicht zu sehr erweitern, wenn man seine Aufgabe nicht zersplittern wolle. Mit den Friedensverträgen dürfe sich der Völkerbundsrat nur befassen, wenn alle Signatarmächte damit einverstanden wären.

Einwände gegen das Schiedsgericht.

Basel, 11. September. Aus Genf wird gemeldet: Die gestrigen Kommissionssitzungen gingen erst in der 6. Abendstunde zu Ende. Die Beratung der Schiedsgerichtsfrage in der 3. Kommission brachte die bereits gemeldeten italienischen Einwände. Ihnen schlossen sich mit gleichen schwerwiegenden Bedenken der Vertreter Japans und der Vertreter der Tschechoslowakei an, die gleichfalls die Schiedsgerichtsidee nur mit vielen und einschneidenden Abänderungen akzeptieren wollen. Die Verhandlungen in der Kommission werden kaum vor zwei bis drei Wochen zu Ende gehen. Von einem ausgesprochenen Optimismus ist in der 3. Kommission keine Rede.

Auch Belgien

Zürich, 11. September. Die „N. Z. Ztg.“ meldet aus Genf: Gestern mittag informierte die belgische Delegation die Presse, daß sie dem Mac Donaldschen Schiedsgerichtsvorschlag nur mit Zusätzen und Vorbehalten hinsichtlich der militärischen Sicherung zustimmen könne. Die 3. Kommission ist heute um 11 Uhr wieder zusammengetreten.

Skrzyński über die Minderheiten.

Genf, 10. September. (Pat.) In der heutigen Sitzung des Völkerbundes gab Minister Skrzyński einen Überblick der Arbeit, welche die polnische Regierung in der Minderheitenpolitik leistet. In der Frage der Erwerbung der polnischen Staatsangehörigkeit durch frühere deutsche Bürger hat wegen der Unmöglichkeit der Verständigung mit der deutschen Regierung (!) auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen die polnische Regierung sich mit dem Schiedsspruch einverstanden erklärt, dessen Resultat zur Unterzeichnung der Wiener Konvention vom 3. d. Mts. geführt hat.

In letzter Zeit hat der Ministerrat beschlossen, in den Wojewodschaftsämtern Posen und Pommerellen gemischte deutsch-polnische Kommissionen zu schaffen, deren Aufgabe es ist, ihre Meinung in der Frage der Wiener Konvention zu äußern, außerdem wird ihre Meinung in strittigen Angelegenheiten den Wojewodschaften das Recht geben, nach eigenem Gutdünken vorzugehen. In dieser Hinsicht — sagt Minister Skrzyński — hat die polnische Regierung eigenmächtig eine Methode geschaffen, die den Minderheitsvertretern die Möglichkeit zur Mitarbeit bei der Regelung der wirtschaftlichen Fragen, welche die Minderheiten angehen, gibt.

Was die Sprache in Schulen, Ämtern und im Gerichtswesen anbelangt, so wurden am 31. August d. Js. drei Verordnungen herausgegeben, die diese Frage in liberaler Weise für sieben Wojewodschaften im Osten der Republik geregelt haben. Ein bedeutender Schritt auf diesem Wege wurde in den letzten Tagen gemacht. Es ist dies hauptsächlich die Entscheidung der Regierung in Sachen der Eröffnung der ukrainischen Universität mit ihrem vorläufigen Sitz in Krakau, von wo sie mit der Zeit nach Lemberg übertragen werden soll. (Jede Frage, die von Skrzyński berührt wurde, hat bei dieser Lösung den Beifall der Versammlung gefunden.) Diese Tatsachen — so endete Minister Skrzyński — geben mir das Recht, die Hoffnung zu hegen, daß auch die polnischen Minderheiten, die in ansehnlicher Zahl sich außer den Grenzen der Republik befinden, in derselben Weise behandelt werden, als die nationalen Minderheiten in Polen.

Indem er sich auf den Antrag Murrays vom September 1921, der die Verbreitung der Verpflichtungen, die die Minderheiten betrafen, über alle Staaten vorsieht, berief, erklärt Minister Skrzyński, daß er sich die Möglichkeit reserviere, später mit einem Antrag in diesem Sinne hervorzutreten. Er gab dem Vertrauen Ausdruck, daß er in dieser Angelegenheit gewiß der allgemeinen Unterstützung sicher sein könne.

Eifrig am Werk.

Die Dunkelmänner arbeiten.

Wir bringen heute zwei weitere Proben aus den beiden führenden polnischen Zeitungen. Ein Kommentar dazu ist unnötig.

Der „Dziennik Poznański“ findet es merkwürdig, daß die Polnische Telegraphen-Agentur den letzten Beschluß des Ministerrates bezüglich der Einführung einer neuen Methode bei der Liquidierung deutschen Besitzes allen anderen Blättern übermittelt, die Posener Presse dabei jedoch übergangen habe. Die Posener polnischen Zeitungen hätten dieses Communiqué erst aus den Blättern der Hauptstadt erfahren, und dies rechtfertige die Mutmaßung, daß die Umgehung der Posener Presse mit Absicht geschehen sei und daß es den Zentralbehörden daran gelegen habe, diese Mitteilung der großpolnischen Gemeinschaft vorzuenthalten. Das Blatt steht auf dem Standpunkte, daß Polen mit aller Entschiedenheit von dem ihm auf Grund des Versailler Traktats zustehenden Rechte Gebrauch machen konnte und auch hätte Gebrauch machen müssen, und zwar aus eigener Initiative die Optanten ausweisen und das Vermögen deutscher Staatsangehöriger liquidieren, denn dies sei die grundsätzliche Bedingung für die Anbahnung normaler Verhältnisse mit den Staatsbürgern deutscher Nationalität. Polen habe in seinen Rechten große Verluste (!) erlitten, doch man müsse sich damit abfinden. Um des lieben Friedens willen habe Polen den deutschen Ansiedlern, die von ihrem Besitz entfernt wurden, eine Entschädigung gegeben, den Optanten die Frist für die Auswanderung aus Polen verlängert und entsprechend dem Schiedsspruch des Prof. Kaeckenbeek eine große Anzahl Deutscher als polnische Staatsangehörige anerkannt, die man bisher als reichsdeutsche Untertanen ansah, und ihnen einen großen Landkomplex belassen. Dies sei, nach Ansicht des „Dziennik Pozn.“, eine Niederlage; doch jetzt könne man wenigstens sagen, daß man mit diesem Verlust endlich die strittigen Fragen beseitigt habe, daß die Rechte Polens außer jedem Zweifel stehen und daß man jetzt auf Grund des Traktates und des Schiedsspruchs die deutschen Staatsangehörigen entfernen müsse, um auf diese Weise ein normales Zusammenleben mit den Mitbürgern deutscher Nationalität zu ermöglichen. Der „Dziennik“ ist der Meinung, daß vor dem Beschluß des Ministerrates weder der Posener noch der Pommereller Wojewode gehört worden sei, und betont, daß die polnische Gemeinschaft der Westgebiete die Fragen dieses Teilgebietes nicht vom Gesichtspunkte partikularistischer Interessen betrachte, wie ihr dies von den Warschauer Germanophilen vorgeworfen werde. Dieser polnischen Gemeinschaft stehe nichts ferner, als eine antideutsche Hetze. Aber sie kenne die hiesigen Verhältnisse besser als die gegenwärtige Regierung, die sie kritiklos durch die Augengläser der deutschen Klagen betrachte, weder der Gemeinschaft noch den eigenen Organen vertrauend. Wir wünschen, so schließt dieses Blatt, einen gerechten und freundschaftlichen modus vivendi mit den deutschen Mitbürgern, werden dies aber nicht durch Verordnungen erreichen, die einen schweren Irrtum (?) darstellen, die dem Ansehen der Behörden Abbruch tun und meritorisch vollkommen falsch sind.

Der „Kurjer Poznański“ bezeichnet in der Fortsetzung der angekündigten Artikelreihe den Beschluß des Ministerrats als ein Präsent für die Deutschen, mit dem Großpolen nicht einverstanden sein könne. Die Zentralregierung habe den Deutschen aus eigener Machtvollkommenheit Zugeständnisse gemacht, ohne die maßgebenden Faktoren unseres Teilgebietes gehört zu haben. Das Blatt meint, daß man diese Art Behandlung der deutschen Frage nicht beim richtigen Namen nennen könne; sie habe jedoch mit dem Gefühl des Stolzes und der Würde nichts gemein. Der Beschluß des Ministerrates in dieser Angelegenheit sei ein Beweis für den tiefen Mißklang, der der großpolnischen Gemeinschaft und den Zentralbehörden besteht. Doch was nützt es, so schließt das Blatt, wenn Großpolen, das absichtlich nicht gefragt wurde, zu dieser Frage Stellung nimmt! Vielleicht liegt es an dem Mangel an diplomatischer Erziehung? Wir nehmen diesen Vorwurf gern hin, wenn wir auch Gefahr laufen sollten, daß die polnische Regierung in Zukunft in deutschen Fragen ausschließlich die Meinung des Deutschtumsbundes einholt.“

Die rebellischen Weißrussen.

(Von unserem Warschauer Mitarbeiter.)

Warschau, im September.

Solange in Polen das Wort Toleranz eine hohle Phrase bleiben wird, werden auch der Warschauer Regierung die rund 40 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachenden nationalen Minderheiten keine geringen Sorgen bereiten. In den ehemals preußischen Teilgebieten mögen chauvinistische Verordnungen und Gesetze ihre Schuldigkeit tun, erpreßte Abwanderung — bisher haben 900 000 Deutsche das Land verlassen — zu dem erträumten „Nationalstaat“ führen. In Kongreßpolen behilft man sich mit anderen Mitteln. Nur in Kleinpolen und in den im polnisch-russischen Krieg eroberten Ostgebieten will die Polonisierungsarbeit nicht recht gedeihen. Da die Verhältnisse in den weißrussischen Ostgebieten vollkommen andere als im Westen der polnischen Republik sind, so fürchtet die dortige Bevölkerung auch nicht die Anwendung radikalerer Abwehrmittel. Während man im Westen mit Protesten und Beschwerden an den Völkerbund, also auf legalem Wege sich zu helfen sucht, organisieren die Weißrussen im Osten Polens einen systematischen Bandenkrieg.

Weißrußland ist wohl im europäischen Osten das einzige größere Gebiet, das nach dem Ausbruch der Revolution seine staatliche Selbständigkeit nicht erreichen konnte. Wohl wurde 1917 in Minsk die Weißrussische Republik feierlich proklamiert. Ihre staatliche Selbständigkeit hat sie jedoch nie erreicht. Die der Revolution folgenden kriegerischen Ereignisse zerrissen das Land in drei Teile, und heute gibt es sogar zwei weißrussische Regierungen. Die demokratisch gerichtete hat in Litauen ein bescheidenes Asyl gefunden. Ihre ganze Bedeutung besteht lediglich in der Propagierung des weißrussischen Gedankens. Die zweite weißrussische Regierung hat ihren Sitz in der weißrussischen Hauptstadt Minsk und verkörpert eine jener sowjetrussischen Republiken, die mit einer eigenen Staatlichkeit nichts zu tun haben und im besten Falle die Form eines autonomen Gebietes besitzen. So lange der Weißrusse die Wahl zwischen Polen und Rußland haben wird, ist es gar nicht anders zu erwarten, als daß er sich für Rußland entscheiden wird, ungeachtet dessen, ob in Moskau die Sowjetregierung oder selbst der Teufel das Regiment in den Händen hält.

Diese Sachlage nützt die Moskauer Regierung nun in altbewährter Weise äußerst geschickt aus. Das Lockmittel der weißrussischen Republik im Bestand der Sowjetunion tut letzten Endes doch seine Schuldigkeit. So ist es weiter nicht verwunderlich, daß die wüste bolschewistische Agitation in Weißrußland einen äußerst gut vorbereiteten Boden findet. Der Weißrusse hat den Polen nie leiden mögen; seit dem Ausgang des polnisch-russischen Krieges und der Agrarreform im Osten aber, durch die polnischen Kriegern und Beamten Land zugewiesen worden ist, hat sich diese Antipathie in hellen Haß verwandelt. Terroristische Gewaltakte und Bandenüberfälle haben in Weißrußland bereits während des polnisch-russischen Krieges stattgefunden. Ich selbst war 1920 in Weißrußland wiederholt Zeuge derartiger Vorfälle.

Die weißrussische Aktion, die gegenwärtig mit ausschließlich sowjetrussischer Hilfe durchgeführt wird, nahm mit dem groß angelegten Überfall auf die polnische Grenzstation Stołbce ihren eigentlichen Anfang. Seit jenem Tage werden täglich neue Überfälle gemeldet, die in erster Linie eine Störung des polnischen Verwaltungsapparates bezwecken. In Minsk und in Smolensk sind von den Bolschewisten zwei Organisationen gegründet worden, die alle möglichen zweifelhaften Elemente aus dem Grenzgebiet für derartige Überfälle anwerben, planmäßig ausbilden und bewaffnen. Diese Leute werden mit dem Versprechen angelockt, daß sämtliches durch Plünderung erbeutetes Gut ihr Eigentum bleibt. Charakteristisch ist die Tatsache, daß die weißrussische Bevölkerung bei diesen Überfällen nur sehr selten zu Schaden kommt. Die Opfer sind stets polnische Ansiedler, Grenz- und Militärposten und darüber hinaus das jüdische Element, das die zahlreichen kleinen Marktflecken in Weißrußland bevölkert.

Diese Bandenüberfälle sollen natürlich nur den Auftakt zum großen weißrussischen Aufstand bilden, der die Weißrussen vom „polnischen Joch befreien“ soll. Anscheinend fehlt es augenblicklich noch an einer geeigneten Persönlichkeit, die die Führerrolle übernehmen könnte. Interessant sind jedenfalls in diesem Zusammenhang die kürzlichen Unterredungen des weißgardistischen Abenteurers im Kampf mit Sowjetrußland, Bulak-Belachowitsch mit polnischen Regierungsvertretern. Aus den kargen Einzelheiten, die über diese Unterredung in die Öffentlichkeit durchgesickert sind, ist zu ersehen, daß Balachowitsch selbst für diese Führerrolle ausersehen war. Bulak-Balachowitsch scheint von der ganzen Angelegenheit aber nicht sonderlich entzückt zu sein. Er zieht es vor, in der polnischen Armee unterzutauchen.

Die weißrussischen Selbständigkeitsbestrebungen haben der Warschauer Regierung natürlich einen schweren Schreck eingejagt. Die Abkommandierung zahlreicher Hilfstruppen an die „Ostfront“ bildete die Einleitung der Abwehraktion. Dieses Mittel erwies sich aber als unzureichend. So ging man jetzt dazu über, in den polnischen Ostmarken eine Militärverwaltung einzusetzen. Man darf gespannt sein, welchen Verlauf das weißrussische Abenteuer nehmen wird. Fährt die Regierung in ihrer Politik gegenüber den nationalen Minderheiten weiter fort, so kann es leicht geschehen, daß Polen eines Tages in seinen Ostmarken Überraschungen erlebt, die keine Diplomatie wieder wird ausgleichen können.

Republik Polen.

Das Extrabkommen mit der Tschechei.

Zakopane, 10. September. (Pat.) Am 6. und 8. d. Mts. fanden in Zakopane Sitzungen der polnisch-tschechoslowakischen Delegation bei der internationalen Delimitationskommission statt, zwecks Zusammensetzung des Projektes einer Touristenkonvention im Sinne des Krakauer Protokolls vom 6. Mai d. Js. An der Konferenz nahmen von seiten der Delimitationskommission der Tschechoslowakei teil der Vorsitzende, Ingenieur Kubik, der technische Leiter, Ingenieur Wewerka, von polnischer Seite der Vorsitzende, Prof. Goethel, Major Romaniszyn, der Grenzkommissar, Ingenieur, Rat Jan Sroka, desgl. Sachverständige beider Parteien. Die Beratungen gingen durch zwei Kommissionen und führten in den Plenarsitzungen zum Ab-

schluß des Projektes der Touristenkonvention und des Tatra-Naturparkes.

Das Projekt der Touristenkonvention sieht die Eröffnung eines Touristenpasses längs der ganzen polnisch-tschechoslowakischen Grenze von beiden Seiten vor; alle wichtigen touristischen Terrains und Eisenbahnverbindungen umfassend. In diesem Paß ist der ungebundene touristische Verkehr für die Bürger beider Länder auf Grund von Legitimationen touristischer Gesellschaften, die von den Behörden bestätigt sind, gestattet. Vorgesehen sind auch Erleichterungen für Schulausflüge, Verbindungsangelegenheiten, in der Regelung der touristischen Wirtschaft, in der Angelegenheit der Leitung, der Arbeit des meteorologischen Dienstes und des Naturschutzes, sowie Einberufung einer gemischten tschechoslowakischen Kommission für die Durchführung der Bestimmungen der Konvention.

In der Angelegenheit des Naturparkes im Tatragebirge ist von polnischer Seite ein Projekt über die Eröffnung eines Nationalparkes vorgelegt worden, der in weitgehendster Form dem polnischen Sejm und dem tschechoslowakischen Parlament zum Beschluß empfohlen werden soll.

Für die Leitung des Parkes und die Beobachtung der Vorschriften soll eine internationale Kommission unter besonderer Berücksichtigung der Lehrsphären ins Leben gerufen werden.

In allen Angelegenheiten, die auf der Konferenz zur Sprache gelangten, wurden beiderseitige Verständigungen erzielt. Die Resultate der Konferenz werden den beiden Regierungen vorgelegt, danach werden die Verträge ihre Gültigkeit erlangen. Nach der Konferenz fand bei herrlichem Wetter ein gemeinsamer Ausflug nach „Morskie Oko" und „Jaworzyna" statt.

Dr. Schacht über die deutsche Anleihe.

Schacht hat Vertrauen zur 800 Millionenanleihe. — Rentenmark. — Der deutsch-französische Handelsvertrag. — Rückkehr zur Goldwährung. — Die Möglichkeit der Interessenwahrung Deutschlands, Englands und Frankreichs.

Dr. Schacht hat dem Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris" eine Unterredung gewährt, die das Blatt jetzt veröffentlicht. Ganz allgemein sagte Dr. Schacht über die Anleihe folgendes:

„Die Atmosphäre ist unzweifelhaft besser geworden. Ich bin aus Rom und Genf zurückgekehrt, nachdem ich mich auch in London umgesehen habe. **Ich habe jetzt volles Vertrauen zu dem Erfolg der 800-Millionenanleihe,** deren Mißerfolg die Londoner Abmachungen hinfällig gemacht hätte. Natürlich bedaure auch ich es lebhaft, daß die französischen Unterhändler nicht auf den Gedanken eingegangen sind, einen kürzeren Termin für die Räumung des Ruhrgebietes anzusetzen. In diesem Falle hätte man in der ganzen Welt die Anleihe mit Enthusiasmus gezeichnet; denn jeder hätte den Begriff gehabt, daß man in Europa den Frieden ehrlich will. Die Anleihe ist durch eine Hypothek auf Deutschland gesichert, welche durch internationale Organe kontrolliert wird. Daraus ist also auf den Wert dieser Kapitalsanlage zu schließen."

Weiter führte Dr. Schacht auf eine Frage des Journalisten aus: „In den Fragen der Alliierten kann ich mich nicht einmischen. Aber Deutschland kann doch nicht ewig ein Handelsobjekt bleiben, das bei jeder Differenz zwischen Frankreich und den angelsächsischen Ländern ausgespielt wird."

Über die Rentenmark befragt, erklärte er: „Ich bin nicht der Vater der Rentenmark, und als ich die Leitung der Reichsfinanzen übernahm, hat man mir dieses Kind anvertraut, bevor es geboren war. Ich habe es lediglich behütet und großgezogen. Näheres darüber werde ich in einem Buch sagen, in dem ich die Währungsverhältnisse des letzten Jahrzehnts schildern will. In diesem Buche gedenke ich zu erklären, wie die Rentenmark bisher verwaltet worden ist. **Mein Ideal ist immer die Rückkehr zur Goldwährung.** In einem Lande, das auf die Ausfuhr angewiesen ist und vom internationalen Handel abhängt, muß eine Goldwährung bestehen. Auf der Sachverständigenkonferenz habe ich über die Umwandlung der Papierwährung in Goldwährung viel gesprochen. Ich habe stets erklärt, daß es für Deutschland schädlich sein würde, eine solche Umwandlung sofort vorzunehmen, wenn nicht auch die großen Nachbarmächte zur Goldwährung zurückkehrten. Ich nahm besonderen Bezug auf Frankreich, England und Italien und ich kann deshalb sagen, daß ich vor den Sachverständigen das gemeinsame wirtschaftliche Interesse der Mächte verteidigt habe. Frankreich wird nach meiner Überzeugung die Rückkehr zum Goldfranken nicht vermeiden können."

Bei der Erwähnung des Handelsvertrages, der zwischen Deutschland und Frankreich geschlossen werden soll, sagte Dr. Schacht: „Normale wirtschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern sind unbedingt notwendig, um das Gefühl eines ehrlichen Friedens zu schaffen. Die Vereinigung von französischem Erz und deutscher Kohle eröffnet verführerische Perspektiven. Deutschland und Frankreich müssen auf wirtschaftlichem Gebiet einander verstehen lernen."

In Bezug auf die gefährdeten Interessen Englands meinte dann der Reichsbank-Präsident: „Nach meiner Ueberzeugung kann diese Aufgabe so gelöst werden, daß die Interessen aller drei Völker gewahrt bleiben. Ich halte die These für falsch, daß England geschädigt werde, wenn Deutschland und Frankreich einen Handelsvertrag abschließen. Ich bestreite entschieden, daß eine Schädigung der einen Macht den anderen beiden Mächten Vorteil bringen würde. Bei einem Geschäft, das mehrere Teilnehmer hat, kann einer der Kompagnons nur dann Geld verdienen, wenn gleichzeitig auch die anderen profitieren. Wenn bei Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages auf beiden Seiten der gleiche gute Wille besteht, so ist ein günstiges Resultat für mich nicht zweifelhaft."

Um die deutsche Kriegsschuldnote.

Auf eine Anfrage der Deutschnationalen Partei an die deutsche Reichsregierung, weshalb die Notifizierung der Erklärung gegen das erzwungene Kriegsschuldbekenntnis nicht erfolge, ist die Erklärung eingegangen, daß die Regierung die Notifizierung beabsichtige und die übernommene Pflicht ausführen werde.

Wie gemeldet wird, ist auch von der Deutschnationalen Volkspartei darauf hingewiesen worden, daß bei den Mitteilungen der Reichsregierung vor Bekanntgabe der Erklärung nie ein Zweifel darüber gelassen worden ist, daß die Bekanntgabe an die auswärtigen Mächte alsbald nach Veröffentlichung der Note erfolgen werde. Eine Aufgabe dieses Standpunktes der Reichsregierung würde nach Überzeugung der Deutschnationalen Volkspartei im In- und Auslande als ein unverständliches Zeichen der Schwäche gedeutet werden und die mit der Erklärung verbundene Absicht in ihr Gegenteil verkehren. Die Deutschnationale Volkspartei erwarte demnach, daß der bevorstehende Kabinettsbeschluß auf alsbaldige Notifizierung lauten werde.

Französische Pressestimmen zur Kriegsschuldnote.

Die Pariser Blätter beschäftigen sich recht eifrig mit der bevorstehenden Übersendung der Kriegsschuldnote. Der „Quotidien" schreibt: Von allen Seiten wäre auf die Reichsregierung ein Druck ausgeübt worden, um die Absendung dieser Note zu verhindern, nicht auch zuletzt durch die Deutschen in Genf, an der Spitze v. Gerlach und Röchling. Auch die Völkerbundsvertreter Nansen und Branting hätten einen ähnlichen Druck ausgeübt. Immerhin mache sich in Berlin, namentlich in den Linkskreisen, eine ständig günstigere Strömung für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bemerkbar.

Der „Petit Parisien" betont, man habe den Eindruck, daß die Regierung dem Druck der Rechten nachgeben will und die Protestnote veröffentlichen wird."

Das „Echo de Paris" schreibt: „Wenn man heute daran denkt, daß die Annahme des Dawesplanes nur durch bedauernswerte Konzessionen möglich geworden ist, deren Folgen nicht vorausgesehen werden konnten, so muß man sich fragen, was nun geschehen soll. Wenn die Regierung nicht ihr Versprechen hält, so wird die Rechte ihr den Krieg erklären, und das wird das Ende des Bürgerblocks sein. Schwierige Tage stehen bevor. Unter diesen Bedingungen begreift man heute sehr wohl, daß in Berlin der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erst an zweiter Stelle erwogen wird."

Die „Deutsche Zeitung" schreibt: „Wenn man die Erklärung Deutschlands in der Kriegsschuldfrage nicht hören will, so ist das schon Beweis genug dafür, daß man sich auf der anderen Seite schuldig fühlt. Also heraus mit der Note, und zwar zuerst und doppelt schnell an Frankreich, ohne die anderen zu vergessen."

Die „Deutsche Tageszeitung" glaubt, daß die Absendung der Notifizierung von Frankreich als Vorwand benutzt würde, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verhindern. Aber, so schreibt das Blatt, wir wollen uns ja doch gar nicht in ganz unwürdiger Weise in den Völkerbund hineinschleichen.

Die „Vossische Zeitung" ist anderer Meinung als die Blätter der Rechten. Sie verlangt, daß die deutsche Regierung den Mut habe, die von ihr angekündigte Notifizierung zu unterlassen, nachdem sich herausgestellt habe, daß dieser Schritt weder politischen noch moralischen Nutzen verspricht, dagegen die internationale Position Deutschlands in katastrophaler Weise verschlechtern würde.

Die Bayerische Volkspartei schreibt in ihrer Korrespondenz: „Wie man die Tatsache auch betrachten mag, sie ist gründlich verfahren, und wenn das alles wahr ist, was über das Verhalten des Herrn von Maltzahn gegenüber dem französischen Botschafter und der Pariser Presse bekannt geworden ist, so muß man sagen, daß das Auswärtige Amt wieder einmal dazu beigetragen hat, die Situation so gründlich wie möglich zu verderben. Wie wir wissen, ist man in bayerischen Kreisen außerordentlich unangenehm berührt von der deutschen verfehlten Regie, welche die Reichsregierung selbst und ihre Organe diesem offiziellen Vorstoß gegen die Kriegsschuldlüge haben angedeihen lassen."

Deutsches Reich.

Spanien rüstet weiter.

Berlin, 10. September. Wie wir erfahren, gibt das spanische Generalkonsulat an mehrere in Berliner Hotels sich aufhaltende Spanier Einberufungsbefehle aus. Um eine allgemeine Mobilisierung handelt es sich nicht, jedoch kann aus der Tatsache der Einberufungen auf die spanische Absicht geschlossen werden, Nordmarokko nicht zu räumen, sondern den Kampf fortzusetzen.

Empfang beim beurlaubten Reichspräsidenten.

Berlin, 10. September. Der Reichspräsident hat sich bereit erklärt, Vertreter der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in Bad Freudenstadt zu empfangen. Wie gemeldet worden war, handelt es sich um den Protestschritt der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gegen die Notifizierung der deutschen Kriegsschuldnote und für den Aufnahmeantrag Deutschlands in den Völkerbund.

Von der englischen Besatzung.

Zürich, 10. September. Der Korrespondent des Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Köln, nach den Dispositionen der britischen Besatzungsarmee zu urteilen, könne man annehmen, daß die im Januar 1925 ablaufende Besatzungspflicht nicht verlängert wird. Die Offiziere der englischen Offiziere und Beamten sprächen allgemein von ihrer Rückkehr in die Heimat zum Jahresende. Das englische Gouvernement lehne irgendwelche Erklärungen ab, aber die Kündigungen von Mietsräumen zum 31. Januar würden allmählich auch der weiteren Öffentlichkeit bekannt.

Der Reichskanzler bleibt im Urlaub.

Berlin, 10. September. Die gestern an der Berliner Börse verbreiteten Gerüchte von einer vorzeitigen Rückkehr des Kanzlers bestätigen sich nicht. In der Reichskanzlei ist nichts davon bekannt. Indessen werden in Berlin die Zusammenkünfte und Besprechungen der parlamentarischen Führer fortgesetzt, in denen die durch den Kriegsschuldprotest geschaffene Lage erörtert wird. Gestern waren im Reichstagsgebäude Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten anwesend. Mit Ausnahme der bereits gemeldeten Aktion der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften ist von entscheidenden Handlungen der Parteien noch nichts zu merken. Die ungeklärte Sachlage beginnt sowohl das ganze geschäftliche Leben wie auch die Börse im Sinne einer neuen ernsten Depression zu beeinflussen. Der durch die Belgische Agentur am Montag angekündigte Schritt des belgischen Gesandten im Auswärtigen Amt war bis gestern Spätabend noch nicht erfolgt.

Bevorstehende Intervention der Mächte in China.

Die Lage der Europäer in Schanghai wird immer bedrohlicher. Die Hoffnungen, den Kampf um Schanghai lokalisieren zu können, haben sich also als trügerisch erwiesen, nachdem Tschangtsolin die „große Mauer" im Norden mit seinen Truppen überschritten hat, wird fast ganz China in den Bürgerkrieg verwickelt sein. Die Streitmacht Tschangtsolins wird nach den hier eintreffenden Telegrammen als sehr ansehnlich und gut ausgerüstet geschildert. Schanghai, das nach der Niederlage der Anfu-Partei das letzte Widerstandszentrum der Anfus gegen die siegreichen Tschilis ist, wird so zum Mittelpunkt der entscheidenden Kämpfe, die leicht zu einem völligen Systemwechsel in Peking und zur Vertreibung der Tschilis führen können.

Der „Neuyork American" ist der Meinung, daß hinter Tschangtsolin Japan stehe. Es sei bekannt, daß eine beträchtliche Zahl japanischer Offiziere und Soldaten in seine Truppen eingereiht sei, und auch die Finanzierung seines Vorstoßes, durch den die Stellung der Großmächte in China ernstlich bedroht würde, gehe von Tokio aus.

Truppenlandung der europäischen Mächte in Schanghai.

Aus Neuyork wird weiter gemeldet, daß Amerika, England, Italien und Japan bei Schanghai insgesamt elfhundert Matrosen gelandet haben. Die ausländischen Freiwilligenkorps der Stadt sind mobilisiert. Die Truppen des Gouverneurs der Mandschurei haben aktiv in den Kampf eingegriffen und marschieren auf Peking. Das Gelände auf der Linie Peking—Mukden ist für die verschiedensten Provinzen zum Kriegsschauplatz geworden. Die „Neuyork World" meldet aus London, aus der Fühlungnahme der dortigen amerikanischen Botschaft mit englischen Regierungsbeamten gehe hervor, daß zwar keine militärische, wohl aber eine politische Intervention in China möglich wäre. Politische Kreise erörterten außerdem die Möglichkeit einer Chinakonferenz der Großmächte.

Note an das auswärtige Amt in Peking.

Der britische, der amerikanische, der französische, der italienische und japanische Gesandte haben eine neue Note an das Auswärtige Amt gesandt, in der die Notwendigkeit der Errichtung einer neutralen Zone an dem Huangpufluß, an dem Schanghai liegt, hervorgehoben wird.

Aus anderen Ländern.

Die Furcht vor Deutschlands Mehrarbeit.

Rotterdam, 10. September. „Daily Chronicle" meldet aus Bern: In der Konferenz der Arbeitsminister, die sich mit dem Washingtoner Achtstundenabkommen befaßt hat, wurde von dem deutschen Minister Braun zugestanden, daß Deutschland bis spätestens 1. Januar 1925 den Achtstundenarbeitstag wieder herstellen wird.

Deutschlands Kontrolle.

Rotterdam, 10. September. Der „Courant" meldet aus Paris, der Botschafterrat hat in seiner Montagsitzung sich mit einem Antrag des Generals Walch hinsichtlich der Entmilitarisierung der deutschen Schutzpolizei befaßt. Dem „Journal des Debats" zufolge wird der Botschafterrat eine Vorstellung nach Berlin richten, um Deutschland an die Erfüllung der Note vom Mai d. J. zu erinnern, die die Neuorganisation der deutschen Schutzpolizei vorsieht.

Die „gerechte" Grundlage des Weltfriedens.

Paris, 10. September. Die gestrige Nachmittagsausgabe des Figaro gibt eine Äußerung Herriots nach seinem Eintreffen in Paris wieder. Herriot sagte, laut dem Figaro, zu den Abgeordneten seiner Partei: Voraussetzung für alle Zugeständnisse an Deutschland ist die Unversehrtheit des Versailler Vertrags. Ich kann meine Politik gegenüber Deutschland vor Kammer und Senat nur vertreten und fortsetzen, wenn der Versailler Vertrag außerhalb jeder Diskussion steht.

Italien und der deutsche Kriegsschuldprotest.

Zürich, 10. September. Nach einem römischen Telegramm des „Corriere della Sera" hat die Kriegsschuldfrage zu Erörterungen im römischen Kabinett geführt. Die Stellungnahme Frankreichs sei in Rom deshalb geteilt worden, weil der deutsche Protest auf der Londoner Konferenz hätte erfolgen müssen und zwar vor der Unterzeichnung, dann hätten die Alliierten Gelegenheit zu einer ruhigen Prüfung der deutschen Einwände gehabt. Jetzt, nach der nochmaligen Unterzeichnung, Protest zu erheben, bringe ein neues Moment der Beunruhigung in die in London angebahnte Politik der Verständigung. Die italienische Auffassung werde auch in Berlin zur Kenntnis gebracht werden.

Stellungnahme der Signatarmächte.

Zürich, 11. September. Der Mailänder „Secolo" meldet aus Paris, ein französisches Ersuchen nach gemeinsamer Stellungnahme der Signatarmächte für den Versailler Vertrag ist am Dienstag den alliierten Kabinetten zugegangen. Der französische Antrag ist nur ein Eventualantrag für den Fall, daß eine amtliche Notifizierung des deutschen Einspruchs erfolgen sollte, woran man seit Montag in Paris nicht mehr glauben will.

Sturz des englischen Kabinetts?

London, 10. September. „Evening Times" meldet: Die Besprechungen der unionistischen Führer bei Mac Donald am Montag sind ergebnislos geblieben. Die Unionisten unter Führung Belfours bestehen auf Ablehnung des Vertrags mit Sowjetrußland. Das Schicksal des Kabinetts Mac Donald ist damit jedenfalls im Voraus entschieden.

Bedrängte Lage der Spanier.

Genf, 10. September. Die gestrigen Pariser Abendblätter bringen Telegramme über eine plötzliche und ernste Zuspitzung der Lage in Spanien. „Matin" meldet, die spanische Niederlage in Marokko sei die größte des ganzen Feldzugs. Eine Armee von 12 000 Mann mit dem gesamten Artilleriepark sei bei Tetua eingeschlossen und habe kapituliert. Das „Journal" meldet: In Barcelona kam es bei Bekanntwerden der ungünstigen Meldungen aus Marokko zu Unruhen der Kommunisten. Die Straßenkämpfe begannen Sonntag und dauerten bis Montag abend. Die strenge Zensur verhindert die Bekanntgabe der Zahl der Toten und Verwundeten.

Letzte Meldungen.

Professor Moriaud verstorben.

Paris, 11. September. (Pat.) Vorgestern verstarb Prof. Moriaud, der Vorsitzende des deutsch-polnischen Schiedsgerichts in Genf.

Rückkehr Skrzyńskis.

Warschau, 11. September. Der polnische Delegierte des Völkerbundes, Minister Skrzyński, wird Ende dieser Woche nach Warschau zurückkehren und dem Ministerrat Bericht erstatten. Nach zweitägigem Aufenthalt in Warschau fährt Minister Skrzyński nach Genf zurück.

Ausschußversammlung der P. P. S.

Warschau, 11. September. „Kurpool" meldet, daß gestern eine Versammlung des obersten Rates der P. P. S. (Polska Partja Socialisticzna) zwecks Beratung der Tagesordnung der Plenarsitzungen, die am 29. d. Mts. sein werden, stattgefunden hat.

Unter anderem wurde die Angelegenheit des Abgeordneten Malinowski erörtert, der in einem längeren Zeitungsartikel seine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Taktik der Partei äußerte und versicherte, daß er danach streben wird, ihre Zuspitzung immer mehr zu betreiben. Er droht im Gegenfalle mit einem Bruch der Partei.

Konferenz wegen Landarbeiterlöhnen.

Warschau, 11. September. (A. W.) Im Arbeitsministerium fand gestern eine Konferenz statt, in der über die Bedingungen der Löhne und Arbeit der Landarbeiter beraten wurde.

Die Konferenz nahm einen günstigen Verlauf. Es wurden die Löhne der Saisonarbeiter festgestellt.

Zeitungsjubiläum.

Warschau, 11. September. Die „Gazeta Warszawska", die in diesem Jahre das Jubiläum ihres 150jährigen Bestehens feiert, wird in allernächster Zeit eine große Jubiläumsnummer herausgeben.

Konferenz der Kriegsinvaliden.

Genf, 10. September. Die Vertreter der französischen, belgischen und deutschen Zentralverbände der arbeitenden Invaliden hielten in Genf eine Konferenz ab, auf welcher beschlossen wurde, ein provisorisches Komitee zu gründen, das die Vorbereitungen zur Schaffung eines internationalen Verbandes der Kriegsinvaliden treffen soll.

Die Invaliden aller Länder sollen dann zum Eintritt in den internationalen Verband aufgerufen werden. Die Konferenz wendet sich sodann an das internationale Arbeitsbüro mit dem Vorschlag, für die nächste Konferenz den Vorschlag einer internationalen Konvention auszuarbeiten, die alle Staaten verpflichten soll, den Kriegsinvaliden Entschädigungen zu zahlen.

Am 8. d. Mts. starb plötzlich und unerwartet unser liebes Vereinsmitglied Herr

Max Bernhardini.

Ehre seinem Andenken!

Verein Deutscher Sänger.

Unser lieber Mitarbeiter

Herr Georg von Hantelmann

Charcice,

auf den wir als den Vorsitzenden unseres Bauernvereins in Sierakow die besten Hoffnungen setzen durften, wurde uns am 7. September durch jähen Tod entrissen.

Mit tiefer Trauer stehen wir Landwirte, steht der Verein am Grabe dieses wackeren und kenntnisreichen Berufsgenossen. Ehre sei seinem Andenken!

Międzychód, den 9. September 1924.

Kreisbauernverein Birnbaum.

Dr. Schlinke.

Es hat Gott dem Herrn gefallen, unseren lieben Vater, Schwiegervater und Großvater

Christoph Schulz

im Alter von fast 82 Jahren in die Ewigkeit abzurufen.

Piła per Mur. Goślina, den 9. September 1924.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Familie Georg Fende.

Beerdigung Sonnabend nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat September 1924

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....



Junge Dame

sucht Stellung auf einem Rittergut bzw. Oberförsterei als **Buchhalterin,** Kassiererin oder Stenotypistin. Der deutschen und polnischen Sprache mächtig. Gefl. Offerten unt. E. 9410 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junge erfahrene Wirtin sucht vom 1. 10. 24 Stellung auf einem nicht zu groß. Gute, wo sie selbständig den Haushalt führen kann. Kenntnis in ff. Küche. Gute Zeugnisse vorhanden. Off. unter 9415 a. d. Geschst. d. Blattes erb.

Mädchen für leichte Arbeit bei hohem Lohn sofort gesucht. **R. Wiesler** Kościelna 17, Eing. Wąska 3 Tr.

Landwirtstochter wünscht v. 25. Septbr. Stellung gleich welcher Art, in der Stadt. Lohn nicht erford. Gute Behandlung Bedingung. Gefl. Off. unt. H. 9418 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Aelteres Fräulein

(deutschkath.) sucht zum 1. Oktober d. J. Stellung als

Stütze

am liebsten in frauenlosem Haushalte oder bei alleinstehendem Herrn oder Dame. Gute Zeugnisse vorhanden. Gefl. Off. unter L. 9348 an die Geschäftsst. d. Bl.

Aelterer, erfahr. Landwirt, evangl., verh., ohne Anhang, beider Landessprachen mächt., sucht Stellung als

Vorwerks- oder Hofbeamter.

Gefl. Off. unter A. 9407 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Perfekte

Schneiderinmamsell

für großes Landgut bei Köln gesucht. Meldungen m. Zeugnisabschriften erbeten an

Frau von Wegner

Ostaszewo, pow. Toruń.

Suche für meinen Gutshaushalt per sofort oder später ein evangel., zuverlässiges, fleißiges Fräulein als

Stütze

aus besserem Hause, über 20 Jahre alt, polnische Staatsbürgerin. Familien-Anschluß. Dauerstellung. Offerten mit Zeugnisabschr. und Gehaltsansprüchen erbeten.

Frau M. Glahn,

Ustarbowo, pow. Wejherowo (Neustadt, Westpr.) Pommerellen.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag,	den 11. 9., abends 7½: Eröffnung der Spielzeit 1924/25 mit „Straszny Dwór“.
Freitag,	den 12. 9., „Carmen“, Oper von Bizet.
Sonnabend,	den 13. 9., 7½: „Madame Pompadour“, Operette von Leo Fall.
Sonntag,	den 14. 9., 7½: „Madame Butterfly“.
Montag,	den 15. 9., 7½ Uhr: „Lohengrin“, Romantische Oper von Wagner.
Dienstag,	den 16. 9., 7½: „Hoffmanns Erzählungen“, Oper von Offenbach.
Mittwoch,	den 17. 9., 7½: „Mignon“.
Donnerstag,	den 18. 9., 7½: „Faust“.
Freitag,	den 19. 9., 7½: „Blanchefleur“.
Sonnabend,	den 20. 9., 7½ Uhr: „Cavalleria Rusticana“, Oper von Mascagni u. „Bajazzo“, Oper von Leoncavallo.
Sonntag,	den 21. 9., 7½: „Straszny Dwór“.

(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum niemand mehr hineingelassen.)

Suche vom 1. Oktober d. Js.

ein evtl. zwei elegant möblierte Zimmer

im Zentrum der Stadt. Gefällige Offerten erbitte unter R. 9430 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für meine gute Bekannte, 47 Jahre alt, evgl., Fräulein, aus angesehener Familie, besitzt Möbel für kleinere Wohnung, suche auf diesem Wege die Bekanntschaft eines anständigen Herrn zwecks späterer **Heirat**. Offerten unter 9414 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Alleinstehende Dame, Mitte 30 er, besitzt ein schön eingerichtetes Heim, sucht auf diesem Wege einen **Lebensgefährten**, der eine wirtschaftliche und gemütsvolle Hausfrau z. schätzen wüßte. Gefl. Off. unt. 9426 an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche per sofort ein besseres

möbl. Zimmer

vom 15. d. Mts. Gefl. Ang. u. L. 9412 an d. Geschst. d. Bl.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen

Synagoge A

Wolnica.

Freitag, 12. Septbr., abds. 6¼ Uhr, Vortrag des Herrn Oberkantors Silberberg.

Sonnabend, morg. 7 Uhr.

Sonnabend, vorm. 10 Uhr, Vortrag des Herrn Oberkantors Silberberg.

Sonnabend, nachm. 4½ Uhr, Mincha.

Sabbatausgang 7 Uhr 5 Min.

Werktäglich morg. 6¾ Uhr, abends 6¼ Uhr.

Synagoge B

(Israel. Brüdergemeinde).

Ulica Dominikańska.

Freitag, abends 6¼ Uhr. Predigtvortrag des Kantors Weißberg.

Sonnabend vorm. 10 Uhr.

Werktäglich morgens 7¼ Uhr, abends 6¼ Uhr.

Aufruf!

An die Ansiedler,

deren Besitzrechte auf Grund des polnischen Gesetzes vom 14. Juli 1920 annulliert wurden und die z. Zt. der Annullation polnische Staatsbürger waren.

1. Der Völkerbundsrat hat am 17. Juni 1924 im Einvernehmen mit der polnischen Regierung für diejenigen Ansiedler, die z. Zt. der Annullierung ihrer Besitzrechte polnische Staatsangehörige waren, eine Entschädigung festgesetzt. Mit der Verteilung dieser Entschädigung bin ich, Senator Erwin Hasbach (Deutsche Fraktion), als Vertrauensmann der polnischen Regierung beauftragt.

2. Alle Anschriften sind zu richten an Senator Hasbach, Poznań, Waly Leszczyńskiego 2, wo ich mein Bureau eingerichtet habe. Sprechstunden von 8—1 Uhr vormittags.

3. Zur Erlangung der Entschädigung ist ein Antrag an den Vertrauensmann, d. h. also an Senator Hasbach, erforderlich.

4. **Die Frist zur Einreichung dieser Anträge läuft am 17. September 1924 ab:** Als Einreichungstag gilt der Tag der Aufgabe bei der Post.

Anträge nach dem 17. September 1924 werden nicht berücksichtigt.

5. Nach Eingang des Antrages in meinem Büro werde ich den Ansiedlern sofort mitteilen, was sie zur Erlangung der Staatsangehörigkeitsbescheinigung (Ziffer 6) zu tun haben.

6. **Der Antrag an den Vertrauensmann soll etwa lauten:**

Ich (Vor- und Zuname), wohnhaft in (jetzige genaue Adresse), bitte um Auszahlung des auf mich entfallenden Betrages der für annullierte Ansiedler festgesetzten Entschädigung.

Ich besaß zur Zeit der Annullation die Ansiedlungs-Renten-Pacht-Stelle in (Ort, Kreis), Stellennummer . . . .

Ich war zur Zeit der Annullierung polnischer Staatsangehöriger. Bescheinigung über meine poln. Staatsangehörigkeit z. Zt. der Annullation werde ich nachreichen.

(Ort und Datum). (Vor- und Zuname).

7. Alle Schreiben im Verlaufe des Auszahlungsverfahrens sind, wenn durch die Post übersandt, eingeschrieben zu schicken.

Warszawa, den 29. Juli 1924.

Hasbach, Senator.

Alle Zeitungen werden um wiederholten Abdruck dieses Aufrufes an sichtbarer Stelle gebeten.

*

An das Büro des Herrn Senators Hasbach wenden sich Hunderte von Leuten mit der Bitte um Entschädigung für Valuta-Verluste, Umzugsschäden, Schäden durch zu geringe Preiserzielung bei freiwilligen Verkäufen u. a. Es wird darauf hingewiesen, daß aus dem Herrn Senator Hasbach zur Verfügung gestellten Fonds nur Ansiedler entschädigt werden, deren Besitzrechte durch Gesetz vom 14. Juli 1920 annulliert worden sind und die bei Beginn der Annullationsmaßnahmen polnische Staatsangehörige waren. Gesuche und Anfragen anderer Personen können bei der Fülle der terminmäßig zu leistenden Arbeit **weder geprüft noch beantwortet werden.**

Von der politischen Kultur des Balkans.

Gerechte Minderheitspolitik.

Das „B. T." meldet aus Belgrad: Der südslawische Unterrichtsminister hat zwei wichtige Verordnungen erlassen, welche auch seitens der deutschen Bevölkerung Südslawiens mit ungeteilter Genugtuung aufgenommen wurden. Die eine Verordnung hebt die territorialen und konfessionellen Schranken auf, welche bisher bei der Aufnahme deutscher Schüler in die Mittelschulen bestanden. Künftighin werden deutsche Schüler aus dem ganzen Staatsgebiete ohne Rücksicht auf ihre Religion in die Mittelschulen aufgenommen. Die zweite Verordnung stellt das Recht der Eltern wieder her, bei der Aufnahme in die Volksschulen die Nationalität ihrer Kinder zu bestimmen. Der Unterrichtsminister ordnete weiter an, daß die Kinder sofort in jene Schulen einzuteilen sind, an denen Lehrer ihres Stammes Unterricht erteilen.

Durch Ministerialbeschluß wurde mit dem heutigen Tage der Ausfuhrzoll auf Mehl gänzlich aufgehoben und derjenige auf Weizen von 20 auf 10 Dinar per 100 Kilogramm herabgesetzt.

Um Matteotti.

Eine faszistische Stimme.

Der „Il Secolo", das Organ der Faszisten in Mailand, ist sichtlich befreit, als die Leiche Matteottis gefunden war. Er gibt dieser Erleichterung unverhohlenen Ausdruck, und ist besonders zufrieden, weil nun von der Regierung der Verdacht genommen sei, daß sie die Leiche habe beseitigen lassen. Die Opposition ist bekanntlich noch immer anderer Meinung.

Die Schriftleitung.

„Die lebhafteste Phase des grausigen Verbrechens von Rom ist nunmehr durch die Auffindung der Leiche Giacomo Matteottis abgeschlossen. Während zweier Monate lagerte der Schatten des Gemordeten über dem ganzen Leben Italiens. Gefühlsmäßige und politische Motive schufen neben dem Schatten noch andere, — tragische Phantome, die das Gewissen des Volks bedrückten und die politische Atmosphäre vergifteten. — Die Ruhe der Toten ist der Trost der Lebenden. Die Gräber sind die sichtbaren Zeichen der seelischen Kontinuität des Lebens. — Das Volk, das dieses empfand, litt besonders schwer unter dem Gedanken an das Verbrechen, das einen Menschen in doppelter Weise — lebend und tot — seiner Familie geraubt hatte.

Daneben sammelten sich um das Verbrechen von Rom andere, weniger edle Gefühle, und das Verschwinden der Leiche, das zu gerechtem Bedauern und aufrichtigem Mitleid Anlaß gab, wurde auch zum Vorwand der Entfessung eines düsteren und beklagenswerten politischen Kampfes. Niemand wurde verschont. Nicht die Regierung, auf welche sich der Verdacht und die Anklage des Einverständnisses mit den Mördern ergoß. Nicht die Polizei, die nach den ersten Tagen der Verwirrung und der Tatenlosigkeit — für welche wir nicht versäumten, ihr unseren Vorwurf auszusprechen —, nach der Amtsenthebung de Bonos mit großer und lobenswerter Sorgfalt ihre Pflicht aufnahm, um sowohl dem Gericht die Schuldigen auszuliefern, als die Leiche aufzufinden. — Nicht die Justiz, die sich bei ihrer schweren Aufgabe vom ersten Augenblicke an streng und unbeugsam zeigte. Aber die Leiche wurde nicht gefunden, und eine groteske Phantasie gefiel sich in der Erfindung der abgeschmacktesten und bei aller Tragik lächerlichsten Hypothesen und falschen Nachrichten. — Einzelheiten über grausige Verstümmelungen, schaurige Operationen, romantische Begräbnisse, — alles wurde versucht, um den Abscheu und die Erregung des Volkes noch zu vergrößern, um das Verbrechen ins Ungeheure zu steigern und eine neue Verantwortlichkeit zu schaffen. Besonders ein Moment spielte eine große Rolle bei der Perfidie der Regierungsgegner: daß nämlich die Leiche in einem römischen Spital zerstört oder heimlich auf dem Campo Verano (Hauptfriedhof Roms) begraben worden sei.

In der Nacht zum 14. Juni, vier Tage nach dem Verbrechen, als eine Auffindung der Leiche natürlich erschienen wäre, verbreitete sich in Rom die Nachricht, daß der entstellte Körper des armen Matteotti in der Macchia Grossa gefunden und in ein römisches Spital verbracht worden sei. Diese Nachricht war falsch. — Aber die Gelegenheit war günstig für politische Spekulationen. Wäre die Leiche nach dem Spital San Giacomo oder in die Poliklinik gebracht worden, so hätte sie niemals verschwinden können, ohne die Mitwisserschaft von Ärzten, von Behörden und der Regierung. — Man erfand Geschichten von geheimnisvollen Telephongesprächen, Automobilfahrten, von Ärzten, die sich den Bart hatten abnehmen lassen, von anderen, die sich verkleidet hatten, — wo man sie gesehen hatte, wie bleich sie aussahen. Unerreichbare Zeugenschaften, Geschwätz über Geschwätz. Auch die Geister wurden befragt, — und der Abgeordnete Zaniboni, der als unglücklich wirkender Sherlock Holmes seine Untersuchung vornahm, erreichte nichts, als die Schändung von vier unschuldigen Gräbern auf dem Campo Verano. Mit dem bekannten negativen Resultat. Dieser Angriff auf die Regierung mißlang, und in der Bevölkerung begann allmählich eine gesunde Reaktion auf die unedle Hetze. — Schließlich wird nun die Entdeckung der Leiche Ereignis — dank einiger Zufälligkeiten und dem schnellen Eingreifen der Polizei. Die Leiche war verborgen in einer der vielen Baumwildnisse, der römischen Campagna, nur von wenigen Zoll Erde bedeckt.

So fallen alle die grotesken Rekonstruktionen des Verbrechens in sich zusammen, das jetzt in klarer Weise nur mehr mit den Auftraggebern und Vollstreckern in Zusammenhang gebracht werden kann, die dem Gericht bereits zugeführt sind. Es fallen die unwürdigen Verdächtigungen, die eine Mitschuld der Regierung und Mussolinis beweisen wollten. Es ist zu hoffen, daß nun, nachdem der Schatten des Opfers seine Ruhe gefunden hat, die Justiz ungehindert ihre unbeirrbare, über jeden Verdacht erhabene Arbeit tun wird."

Eine Justizschande.

Der fünfjährige „Spion."

Wir erfahren folgendes: Den dreizehnjährigen deutschen Knaben Andreas Kraft in Bukarest hat das Bukarester Divisionsgericht (!) wegen Spionage zu einem Jahr Kerker verurteilt. Dem Knaben wurde zur Last gelegt, daß er am 23. November 1916 — also als das Kind erst 5 Jahre alt war! — einer nach Bukarest einmarschierenden deutschen Militärkolonne auf die Frage der an der Spitze marschierenden Offiziere mit einer Handbewegung gezeigt hatte, in welcher Richtung sich die Ortschaft Afumoti befindet. Da das Kind damals vor den ihm fremden Soldaten, die es noch nie gesehen hatte, vermutlich große Angst hatte, vermochte es nicht zu sprechen, sondern deutete nur mit dem Arm in die Richtung des gefragten Dorfes. Das muß er jetzt nach 8 Jahren mit einem Jahr Gefängnis büßen!".

Wenn das so weiter geht, werden selbst die deutschen Säuglinge nicht mehr davor bewahrt bleiben, als Spione verurteilt zu werden. Die Art, wie man hier zu urteilen beliebt, ist allerdings so haarsträubend, daß man überall aufhorchen sollte, um eine solche Schande zu brandmarken. Mit diesem Urteil hat sich die Justiz in Bukarest ihr Urteil selber gesprochen.

In kurzen Worten.

Der Absturz von drei französischen Flugzeugen auf dem Flugplatz Lachen-Speyerdorf hatte die Vernichtung einer Flugzeughalle mit den darin befindlichen Maschinen zur Folge.

*

Professor Paul Moriaud, Professor des römischen Rechts an der Genfer Universität und internationaler Schiedsrichter, ist gestorben.

*

Der an der kommunistischen Hetzpropaganda stark beteiligte kommunistische Landtagsabgeordnete Beyer, der schon seit Monaten steckbrieflich verfolgt wurde, ist gestern in Gelsenkirchen verhaftet worden.

*

Im Ruhrkohlenbergbau mußten in der ersten Septemberwoche infolge Absatzmangels 113 534 Feierschichten eingelegt werden.

*

In Konstantinopel ist eine russisch-türkische Konvention über die Schiffahrt im Schwarzen Meer unterzeichnet worden.

*

Nachdem der Enckesche Komet der Vorausberechnung gemäß eingetroffen ist, erwarten die Astronomen jetzt noch Fayes Komet, der im September unter recht günstigen Bedingungen zur Sonne wiederkehrt und schon längst aufgefunden sein sollte. Bei dem Tempelschen Kometen, der für November fällig ist, sind die Sichtbarkeitsverhältnisse leider ungünstige.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Tuchel**, 10. September. Der Vorstand der Müllerinnung des Kreises Tuchel, die Mühleninhaber Prasniewski und Palucki aus Tuchel, Rafinski aus Gostyczyn hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten, weil die Innung zu hohe Abzüge als Mahllohn festgesetzt haben sollte. Die Angeklagten wandten ein, daß die hohen Betriebskosten, teure Kohlen- und Ölpreise, kurze Arbeitszeit der Angestellten bei hohen Tariflöhnen, es unmöglich machen, billiger zu mahlen, als mit 20 Prozent Abzug. Der Vertreter der Anklage beantragte je 50 Złoty Strafe, der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen der Angeklagten an, und es erfolgte Freispruch.

Raffke & Cie.

Ein Zeitroman von Dr. Arthur Landsberger.

(45. Fortsetzung.)

„Vermutlich würde man eins der üblichen und erprobten Mittel anwenden, durch die man verliebte Backfische von Ideen heilt, in deren Verwirklichung Eltern für ihr Kind kein Glück sehen."

„Was sind das für Mittel?"

„Es gibt verschiedene. Zum Beispiel eine zeitlich unbegrenzte Vergnügungsreise. In Fällen, wo das Übel tiefer sitzt, eine Pension im Auslande. Ist Gefahr im Verzuge: Gegengift!"

„Was heißt das?"

„Gott so ein verwöhntes Backfischherz brennt leicht lichterloh. Man muß nur verstehen, es geschickt und unauffällig in Feuergefahr zu bringen. Und Röhrens dürfte das bei den verzweigten Beziehungen, die sie in der ganzen Welt haben, nicht schwer fallen. Kind, das Du bist! Wenn Du, statt zu träumen, Dich doch im Leben umsehen würdest!"

„Du bist klüger als ich."

„Danke! Aber wenn Du das glaubst, dann solltest Du Nutzen daraus ziehen. — übrigens würde ich an Röhrens Stelle ja ganz etwas anderes tun."

„Nämlich?"

„Ich würde meine Tochter mit ihrer präsumtiven Schwiegermama ein paar Monate auf Reisen schicken."

„Mit meiner...?" fragte Günther entsetzt.

„Sehr richtig!" unterbrach ihn Frida. „Mit Frau Cäcilie! Deine Braut muß doch wissen, wo sie hineinkommt. Ich glaube, daß das schon entscheidend für sie wäre."

Günther schloß die Augen. Frida, die es sah, frohlockte innerlich.

„Sprich weiter!" drängte er.

„Was soll ich noch sagen? Du mußt wissen, was Du tust. Willst Du sie heiraten, weil Du Dir daraus Vorteile für Deine Karriere versprichst, so hast Du recht, und möglicherweise lohnen sich die Kämpfe und Kränkungen, die Du erdulden mußt, bis Du ans Ziel kommst. Was das arme Mädchen dabei leidet, muß Dir gleich sein."

Günther sah entsetzt zu ihr auf.

„Liebst Du sie aber," fuhr Frida unbeirrt fort, „dann wirst Du alles tun, um sie vor Konflikten zu bewahren, die unausbleiblich sind und denen eine Frau in ihrem Alter bestimmt nicht gewachsen ist."

Günther kämpfte schwer mit sich. Eine ganze Weile saßen sie, ohne daß einer ein Wort sprach. Dann rückte er sich plötzlich zurecht, warf den Kopf zurück, nickte ein paarmal und atmete tief auf. Er wandte sich zu Frida und streckte ihr die Hand hin.

Frida schlug ein.

„Was ist?" fragte sie.

Er sah sie lange an und sagte:

„Ich danke Dir."

„Das hast Du nicht nötig," gab sie zur Antwort.

„Sag' mir noch eins!" bat er. „Warum hast Du mir das alles gesagt?"

„Kind!" sagte sie und fuhr ihm mit der Hand durchs Haar, „weißt Du das wirklich nicht?"

Sie rückte ganz nahe an ihn heran, legte ihre Hände auf seine Schultern, sah ihm in die Augen und sagte:

„Weil ich Dich liebe! Und nicht will, daß Du Dummheiten machst und in Dein Unglück rennst."

„Sie meint es ehrlich!" sagte sich Günther, in dem die Erkenntnis der Unmöglichkeit dieser Ehe immer stärker wurde.

„Das Schlimmste aber," sagte er nach einer Weile, „das Verächtlichste, das weißt Du noch gar nicht."

„Also erzähle: was hast Du noch getan?"

„Hineingeschwindelt habe ich mich!"

Sie verstand ihn nicht.

„Wie Du schon sagtest: im Anfang, da wollten sie von mir nichts wissen und hielten sich zurück. Die Form, in der sie es taten, war nicht kränkend. Ein anderer hätte es vielleicht gar nicht bemerkt. Ich jedenfalls fühlte es. Und es tat weh. Am meisten, weil auch Suse es fühlte und darunter litt. Mehr vielleicht als ich. Aber das bilde ich mir am Ende nur ein. Jedenfalls, es schlug im selben Augenblick um, in dem man mich, Du weißt es, ohne meinen Willen zum Dichter proklamierte. Da war ich für sie wer und sie behandelten mich wie ihresgleichen. Ich hätte protestieren sollen. Gleich zu Beginn. Gewiß! — Was mich zurückhielt, war lediglich die Furcht, mich vor ihr lächerlich zu machen."

Frida, die bisher nüchtern und berechnend auf ihn eingewirkt hatte, nun aber seine Bewegtheit sah, spielte Theater:

„Aber mit der Lüge seid Ihr Euch doch nicht genähert?" fragte sie, obschon sie davon überzeugt war.

„Sie weiß es auch jetzt noch nicht," gab er zur Antwort.

„Du bist Dir doch bewußt, daß sie mit Dir der Lächerlichkeit verfällt, wenn es heut' oder morgen oder später einmal bekannt wird."

„Ich hätte mich ohne diese Lüge nie in diesen Kreisen halten können. Ich wäre also nie dazu gekommen, mich ihr zu nähern. — Was red' ich da?!" rief er erregt. „Daß ich überhaupt in ihr Haus kommen durfte, ist eine Gnade! Und wem dank' ich sie?" — Er lachte laut auf. — „Den Bitten unseres Hausmeisters! Und da redete ich mir ein . . ." Er schlug sich vor den Kopf. — „Frida!" rief er und stand auf: „Wenn ich in meinem Leben jemals heirate, dann keine andre als Dich!"

Frida sprang auf und warf sich ihm an den Hals.

„Liebster!" rief sie. — „Wenn Du wüßtest, wie glücklich Du mich mit Deinem Antrage machst."

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. September.

Zum Morde an Herrn von Hantelmann.

Das furchtbare Drama von Charcic hat gestern nachmittag durch die Beisetzung des unglücklichen Opfers, des Herrn Georg von Hantelmann, seinen Abschluß gefunden. Wenn irgendetwas die durch das furchtbare Verbrechen aufs schwerste erschütterten Angehörigen, besonders die schwergeprüfte jugendliche Gattin und die Eltern des Erschossenen, zu trösten vermag, so war es die allgemeine Teilnahme, die ihnen in diesen schweren Tagen zuteil wurde, und die in dem schier endlosen Leichengefolge der Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied der Nationalität ihren ganz besonders deutlichen Ausdruck fand. Schier endlos war die Reihe der Vertreter des deutschen und des polnischen Großgrundbesitzes aus der näheren und ferneren Umgebung, des Kaufmannsstandes und der Gewerbetreibenden usw., die sich neben den Beamten des Rittergutes und der Arbeiterschaft eingefunden hatten, um dem so jäh aus dem Leben gerissenen hoffnungsvollen jungen Edelmanne das letzte Geleit zu geben. Seine irdischen Überreste waren im sog. Gartenzimmer des Schlosses inmitten einer unübersehbaren Menge von Blumen- und Kranzspenden aufgebahrt worden; um den Sarg hatten die nächsten Angehörigen des Toten Platz genommen.

In seiner packenden Leichenrede wies der Geistliche auf die furchtbare Tragik des Dramas hin. Am Sonnabend abend noch habe Herr von Hantelmann mit der ihm eigenen jugendlichen Fröhlichkeit und Herzlichkeit das Erntefest mit seinen Leuten gefeiert, er, von dem man rühmen konnte, daß er keinen einzigen Feind hatte. Und wenige Stunden später fiel er der Kugel eines Mordgesellen zum Opfer, eine Tat, die nicht nur die Angehörigen schwer traf, sondern jedes menschlich fühlende Herz weit über die Grenzen des Rittergutes hinaus aufs tiefste erschütterte. Die allgemeine Teilnahme, die einen so ergreifenden schönen Ausdruck fand, möge den Angehörigen, besonders der schwergeprüften Gattin und den Eltern zum Trost gereichen und in ihre Herzen den Trost senken, daß alles, was Gott tue, wohlgetan sei, auch wenn das irdische Herz sich gegen diesen Trost oftmals auflehnen wolle. Mit einem herzlichen Gebet und dem himmlischen Trost für die verwundeten Herzen schloß die ergreifende Ansprache. Den Schluß der Trauerfeier im Schlosse bildete der Sologesang einer Dame mit Klavierbegleitung: „So nimm denn meine Hände".

Dann setzte sich der schier endlos lange Zug nach dem etwa fünf Minuten vom Schlosse entfernten Friedhofe in Bewegung; von der Länge des Zuges kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man erwägt, daß das Ende des Zuges noch im Schloßpark stand, während die Spitze bereits auf dem Friedhofe angelangt war. Hier hielt der Geistliche, nachdem der Sarg versenkt worden war, nochmals eine Ansprache. Dann sang ein Schulchor ein Sterbelied, und mit der Einsegnung fand die Beisetzungsfeier ihren ergreifenden Abschluß. Nur sehr allmählich und langsam leerte sich der Friedhof von den Scharen der Leidtragenden von nah und fern.

*

Zu der in der gestrigen Ausgabe bereits gemeldeten Festnahme mehrerer der Tat verdächtigen Personen können wir heut auf Grund von amtlichen Mitteilungen folgende Angaben machen:

Noch in der Nacht zum Montag waren von einem aus dem benachbarten Zirke herbeigerufenen Polizeibeamten drei als Wilddiebe bekannte Personen aus dem Dorfe Kaczlin bei Charcic, und zwar die Gebrüder Ziółek und deren Schwager, noch vor dem Eintreffen der Posener Mordkommission unter dem Verdacht der Täterschaft in Haft genommen worden. Diese nahm bei ihrer Ankunft, unabhängig von den bisher getroffenen Maßnahmen, auf eigene Faust ihre Untersuchung auf, indem sie einen von ihr mitgebrachten Polizeihund an der Stelle im Kartoffelfelde, von der aus der tödliche Schuß abgegeben worden war, auf die Spur setzte. Dieser nahm die Spur sofort auf und verfolgte sie schnurstracks und ohne Aufenthalt bis zu dem Hause in Kaczlin, in dem die vorher bereits unter Mordverdacht verhafteten drei Personen wohnen. Verbellen konnte er dort natürlich niemand, da die drei bereits hinter Schloß und Riegel saßen. Nach der Überzeugung der Untersuchungsbehörde ist unter den drei Verhaften der Mörder mit aller Bestimmtheit zu suchen. Es ist anzunehmen, daß der Mörder in dem Augenblick, als Herr von Hantelmann im Wagen sich aufrichtete, die Überzeugung hatte, daß er, der Wilddieb, von ihm erkannt worden sei, und um sich des unbequemen Zeugen zu entledigen, den tödlichen Schuß auf ihn abgab. Der Schuß hatte die Leber des Getroffenen vollständig zerrissen. Er war, wie bereits erwähnt, aus einem russischen Karabiner auf etwa dreißig Schritt Entfernung abgegeben worden; dafür zeugt die am Tatorte vorgefundene Patronenhülse und die in der Equipage aufgefundene Kugel. Nun ist aber nach mehreren Zeugenaussagen einer von den Verhafteten im Besitze eines russischen Karabiners gewesen. Auch das ist wohl ein Beweis für den begründeten Verdacht der Täterschaft. Die drei Verhafteten zwar bestreiten hartnäckig das ihnen zur Last gelegte Verbrechen. Inzwischen ist die Untersuchungskommission noch weiter tätig, um weitere Beweismittel zu erlangen und das schwere Verbrechen restlos aufzuklären. hb.

*

Der „Dziennik" veröffentlicht folgende Zuschrift im Zusammenhange mit dem grauenhaften Morde eines Herrn Zbigniew Morawski:

„Anknüpfend an die Meldung von der Ermordung des Herrn von Hantelmann durch einen Wilddieb erlaube ich mir mitzuteilen, daß ich im Juli 1922 nach hartem Kampf einen Wilddieb überwand und ihn gefesselt dem Bürgerkomitee in Rogasen übergab. Ich überraschte den bewaffneten Wilddieb Bloch aus Rogasen auf dem Jagdgelände Wełna, Kreis Obornik. Trotz erschwerter Beweise und trotz meiner Intervention hat sich die Staatsanwaltschaft mit der Sache noch nicht befaßt. Angesichts der sich immer mehr ausbreitenden Plage der Wilddieberei und der persönlichen Gefahr für die Jagdberechtigten auf dem Jagdgelände sind derartige Zustände unhaltbar. Mit ganzer Energie müßte das sich festsetzende Gefühl der Straflosigkeit und die Überzeugung, nur eine geringe oder gar keine Strafe zu erhalten, bekämpft werden."

Die neuen Steuerstrafen.

Das in Nr. 73 des „Dziennik Ustaw" veröffentlichte Gesetz über die Einziehung von Verzugsstrafen und -zinsen von rückständigen Beträgen der unmittelbaren Steuern und der Stempelgebühren, sowie über die Erhebung von Exekutionskosten änderte teilweise die Höhe der Strafenveranlagung, Zinsen und Kosten, und zwar wie folgt:

Von den rückständigen Beträgen der Grundsteuer beträgt die Verzugsstrafe 1 Prozent monatlich, von den rückständigen Beträgen aller anderen Steuern und Gebühren dagegen 4 Prozent monatlich, vom 15. Tage nach Ablauf des Termins ab; von den rückständigen Beträgen, deren Abzahlung einer Entscheidung der zuständigen Finanzbehörde zufolge vertagt oder in Raten zerlegt wurde, betragen die Zinsen 1 Prozent monatlich, mit Ausnahme der Vertagungen und Ratenabzahlungen der rückständigen Grund- und Erbsteuerbeträge, sowie Schenkungen, von denen ½ Prozent monatlich erhoben werden. Bei Vertagungen und Ratenabzahlungen, welche durch den Einfluß der Naturgewalten veranlaßt wurden, erhebt man von den rückständigen Grundsteuerbeträgen keine Zinsen. Der Finanzminister kann auf Grund des Art. 4 des Gesetzes die Höhe der Strafen von einem Prozent auf ½ Prozent bzw. von 4 Prozent auf 1 Prozent monatlich herabsetzen, falls festgestellt wird, daß es dem Zahler nicht möglich war, die Steuer im vorgeschriebenen Termine zu entrichten. Das Gesetz verpflichtet bereits seit dem 1. August d. Js.

Die Selbstmorde in der Besserungsanstalt Konitz.

In der Besserungs- und Armenanstalt zu Konitz waren, wie wir dieser Tage berichteten, während des letzten Jahres einige Fälle von Selbsttötung zu verzeichnen, die in der Öffentlichkeit einige Beunruhigung hervorgerufen hatten, die sich in Äußerungen polnischer Blätter spiegelte. Insbesondere der „Dz. Pom." hatte durch einen Artikel „Es ist Aufklärung zu fordern" die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf diese Anstalt gelenkt. Er wußte zu berichten, daß nunmehr vier Zöglinge ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht hätten, ein fünfter aber noch gerade vom Strange abgeschnitten werden konnte. Zugleich glaubte er feststellen zu müssen, daß diese Fälle unter der derzeitigen Anstaltsleitung erfolgt seien, während unter dem vorigen Direktor trotz 3½jähriger Amtsführung nicht ein einziger derartiger Fall zu verzeichnen gewesen wäre. Darauf antwortet jetzt der pommerellische Landesstarost Dr. Wybicki in einer Erklärung, aus der einige Kernsätze wiedergegeben sein mögen:

„Es ist nicht wahr, daß im Laufe des letzten Jahres vier Zöglinge der Besserungsanstalt sich erhängt haben. Wahr ist, daß am 5. Mai eine Korrigendin M. S. (also kein Zögling), sowie am 13. Juni der alte Landarme T., der — wie der Arzt festgestellt hat, an Alterszerfall litt und geistig anormal war — Selbstmord durch Erhängen verübt haben. Wahr ist ferner, daß am 13. August der 80jährige Sz., der mit Genehmigung der Anstaltsleitung in Begleitung der 70jährigen Landarmen K. die Kirche aufsuchte, nicht mehr zurückgekehrt ist, sondern nach Stargard wanderte, wo er im Walde erhängt aufgefunden wurde. Die polizeilichen Nachforschungen sind hier im Gange. Unwahr ist jedoch, daß vergangenen Sonntag eine Korrigendin sich zu erhängen versucht habe, jedoch noch rechtzeitig abgeschnitten werden konnte. Wahr ist jedoch, daß die Korrigendin M. Anzeichen von Geistesstörung gab und auf Anordnung des Anstaltsarztes in die Irrenanstalt Konradstein geschafft wurde, um dort auf ihren Geisteszustand beobachtet zu werden. — Gleichzeitig wird bemerkt, daß der Direktor Czabański durch Beschluß des Disziplinar-Tribunals vom Amte suspendiert (Also doch! D. Schriftltg.) worden ist (Tribunal für Selbstverwaltungsbeamte in Posen), da das Kuratorium gegen ihn ein Strafverfahren wegen Unterschlagung und dienstlicher Übergriffe anhängig gemacht hatte. Da das freisprechende Urteil noch nicht Rechtskraft erlangt hat, kann die Aufhebung der Amtssuspendierung nicht erfolgen. Schließlich wird bemerkt, daß die von der Landesstarostei durchgeführte Untersuchung der bedauerlichen Vorgänge weder ein Verschulden noch eine Nachlässigkeit der Anstaltsverwaltung ergeben hat. Landesstarost Dr. Wybicki."

✕ **Verkauf von Feuerwaffen nur gegen Erlaubnis.** Infolge entstandener Zweifel über das Kaufrecht kurzer Feuerwaffen von Militärpersonen und Polizeibeamten hat das Ministerium des Innern im Einverständnis mit dem Ministerium des Äußern eine Verfügung herausgegeben, daß Militärpersonen und Polizeibeamte kurze Feuerwaffen, Revolver und automatische Pistolen (Kaliber 1,3—9 Millimeter) nur auf Grund schriftlicher Erlaubnis, die von ihren unmittelbaren Vorgesetzten ausgestellt ist, erwerben dürfen. Der Erwerb von Munition kann gegen Vorzeigung einer Legitimation stattfinden.

✕ **Ein Gedächtnisgottesdienst** für den vor 3 Jahren verstorbenen ersten Stadtpräsidenten Jarogniew Drwęski findet am Sonnabend früh 8½ Uhr in der Pfarrkirche statt.

✕ **Spende für einen Ersatz des „Kleinen Cohn".** Dem Zoologischen Garten hat Tow. Handlowo-Eksportowe zum Ankauf eines Nachfolgers des „Kleinen Cohn" 100 zł gespendet.

✕ **Nichts bekannt?** Zu der Meldung von der beabsichtigten Verlegung der Primasresidenz nach Gnesen meldet die „Agencja Wschodnia", daß ihrem Vertreter, der sich dieserhalb im Konsistorium erkundigte, erklärt worden ist, daß ihm, dem Konsistorium, nichts davon bekannt sei.

✕ **Der Bau der neuen Badeanstalt vor dem Eichwaldtor** schreitet vorwärts. Um die Badeanstalt vor den Schäden eines Hochwassers zu schützen, muß das Gelände um 6 Meter erhöht werden. Die Fundamente werden aus Eisenbeton hergestellt, und auf diesem so erhöhten Gelände wird u. a. ein massiver Mittelbau entstehen, umfassend die Kasse, Wirtschaft, Wohnung für den Verwalter usw. Bis Ende November werden die Baulichkeiten bis zum Dach gefördert, im Frühjahr beendet, und im Mai wird die Badeanstalt eröffnet werden. Der Bau wird etwa 200 000 zł kosten.

✕ **Evangelisch-lutherischer Kirchenchor.** Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, findet im Vereinszimmer nach längerer Ferienzeit die erste Übungsstunde des vierstimmigen gemischten Kirchenchors statt. Hierzu werden nicht nur die bisherigen Mitglieder des Chors, sondern auch alle anderen sangesfreudigen Glieder der Gemeinde herzlich eingeladen. Es ist morgen abend eine vollzählige Beteiligung des Chors sehr erwünscht, da die Übungsstunde auf einen anderen Wochentag verlegt werden soll.

✕ **Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein** unternimmt am Sonntag, 14. d. Mts., einen Ausflug in das Gebiet der von der kleinen Welna durchflossenen Seen von Rogasen bis Schokken. Wegstrecke 15 km. Abfahrt nach Rogasen 8[20], Rückkehr 20[32]. Proviant ist mitzunehmen. Eingeführte Gäste sind willkommen.

✕ **Kindesaussetzung.** Gestern wurde im Hausflur des Hauses ul. Maleckiego 3 (fr. Prinzenstr.) ein etwa 3 Wochen altes Kind männlichen Geschlechts im Hemdchen in einen grauen Damenmantel gehüllt ausgesetzt aufgefunden und dem Kinderheim des Stadtkrankenhauses zugeführt.

✕ **Wieder zu seinem Gelde gekommen** ist der Bankkassierer, der, wie berichtet, einem jungen Abgesandten einer Firma 1000 zł zuviel herausgegeben hatte. Der junge Mann hatte das aber selbst nicht weiter bemerkt. Erst als er bei seiner Firma in Pudewitz eintraf, wurde festgestellt, daß er 1000 zł zuviel hatte. Am folgenden Tage wurde der Betrag der Bank wieder zugestellt.

✕ **Ein Riesenpilz.** Am 6. ds. fand ein Pilzsammler in den Forsten der Frau Baronin v. Diergard-Mojawola im Kreise Adelnau einen Steinpilz, der das stattliche Gewicht von 825 gr. hatte; sein Kopfumfang betrug 725 mm, der Stielumfang 220 mm., die Höhe, Stiel und Kopf, gemessen 290 mm. Er war noch madenfrei und genießbar.

✕ **Ein eigenartiger Diebstahl.** Aus einem Keller des Hauses ul. Wąska 6 (fr. Schmale Gasse) wurden gestern zwei Fensterflügel, 1 m und 20×60 cm gestohlen.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 4 Betrunkene, 11 Dirnen, 4 Diebe und 4 gesuchte Personen. — Zur Bestrafung aufgeschrieben wurden im August d. Js. 319 Hausbesitzer wegen Nichtbeleuchtung der Treppen.

Kleinigkeiten.

Eine kleine Frage, von vieler Reklame, der Literatur, dem Suezkanal und einem groben General.

Unter der Überschrift: „Ist so etwas möglich?" bringt der „Przegląd Poranny" einen Brief, in welchem sich eine Kriegswitwe darüber beklagt, daß ein Posener Arzt (Dr. Rydlewski) ihr darum Vorwürfe machte, weil ihr Mann, ein Pole, als preußischer Leutnant im Weltkriege gefallen ist. Diese arme Witwe bekommt nämlich mit ihrem Kinde vom polnischen Staate eine monatliche Unterstützung von 44 Złoty, und sie hat sich an diesen Arzt um ein Gutachten gewandt, daß sie nichts verdienen könne und darum um eine Erhöhung der Unterstützung bitte. Der Arzt hat daraufhin Gelegenheit gehabt, seiner Deutschfeindlichkeit Luft zu machen, und er hat die Dame beschimpft. Er hat auch gesagt, daß die Witwe viel zu viel Unterstützung erhalte und daß er dafür Sorge tragen wolle, daß der polnische Staat ihr keinen Pfennig mehr zahle.

Der „Przegląd" fragt: „Ist so etwas möglich?" — Wie er sieht, ist so etwas möglich. Aber das ist nur ein Zeichen für den Geist der Menschlichkeit und der Christenliebe, die bei uns in Posen herrscht. Von der Unanständigkeit und dem unfeinen Benehmen nicht zu reden. Dabei ist es weltbekannt, daß man in Polen die artigsten und wohlerzogendsten Menschen finden kann. Aber es gibt auch solche, die diesen Ruf auf dem schnellsten Wege zerstreuen wollen . . .

*

Der „Kurjer Poznański" bringt weiter seine Thraden von der „jüdischen Gefahr", obwohl im „Dziennik Poznański" vor kurzem (von keinem Judenfreund) eine Warnung veröffentlicht war, die mahnend vorschlug, zwar im Kampf gegen die Juden nicht nachzulassen, aber dafür in etwas anständigerem Ton vorzugehen. Das Blatt in der Św. Marcin kann freilich das nicht lassen. Warum auch. Es verbietets ja niemand.

Aber die Wirkung ist anders. Wenn man nämlich schwarze Listen auch anfertigt und die jüdischen Geschäfte kennzeichnet, so ist das nur eine sehr hübsche Reklame. Denn der „Kurjer" wird es sich doch nicht im Ernst einreden wollen, daß nunmehr kein wahrer Patriot dort mehr etwas kaufen wird. Im Gegenteil. Immer stärker wird der Andrang, weil man bekanntlich beim Juden billiger kauft, als wo anders, weil man solider und höflicher bedient wird und weil man auch eine größere Auswahl hat. Es ist noch nicht so lange her, da schrieb eine polnische Zeitung, daß der rein polnische Kaufmann am liebsten in 14 Tagen reich werden will, und darum auch nur mit großen Gewinnen arbeitet, während der jüdische und deutsche Kaufmann, eben weil er Kaufmann ist, sich mit einem geringeren Verdienste begnügt.

Aber es gibt noch andere Dinge, die der „Kurjer" festnagelt. Er macht jedes Geschäft namhaft, in dem ein jüdischer Angestellter sich befindet. Aber er macht auch jedes jüdische Geschäft namhaft, welches polnische Beamte beschäftigt. Nur um die polnischen Beamten brotlos zu machen. So erwähnt er ein jüdisches Geschäft in Bentschen, in dem ein ehem. polnischer Offizier beschäftigt wird. Falls nun dieser Offizier wirklich fortgeht, weil das mit der polnischen Ehre nicht vereinbar ist, wird der „Kurjer" diesem Mann in seiner Redaktion einen Posten verschaffen oder in irgend einem anderen Geschäft, wo er weiter leben und existieren kann?

Man müßte es annehmen. Aber wenn es zur Tat käme — dann würde man recht forsch kneifen — wie das ja bei dieser Sorte „Helden" üblich ist.

*

Daß bei uns der Chauvinismus gar merkwürdige Blüten treibt, das wurde schon mehr als genug festgestellt. Es gibt aber immer neue Sachen, die man so nebenbei erfährt und die Anlaß zu seltsamen Betrachtungen geben. Es ist ähnlich wie in Frankreich. Genau wie dort die Schulbücher der Kinder von Unwahrheiten strotzen, besonders wenn es sich um die Deutschen handelt, genau so verheimlicht man bei uns in Polen, daß irgend welche Werke deutscher Herkunft sind. Sobald ein deutsches Werk ins Polnische übertragen wird, hütet man sich ängstlich, die wahre Herkunft zu verbergen. So werden z. B. in den Katalogen Werke von Bechstein, Hauff, Grimm angeboten, ohne daß man je erführe, daß es sich hier um deutsche Meister handelt. Ist dagegen ein französischer Meister oder ein Meister einer anderen Nation dabei, wird man das nie versäumen hinzuzufügen.

So erscheint neuerdings der deutsche Roman „Die Heilige und ihr Narr" mit dem Titelblatt: „Agnieszka Günther, Święta i jej błazen. Przekład Marij Kreczkowskiej 1923". In diesem Buch ist die Einleitung und das Nachwort weggelassen, kein polnischer Leser erfährt, daß es sich um eine bekannte deutsche Dichterin handelt. Es ist auch vorgekommen, daß polnische Zeitungen Feuilletons (von Auburtin z. B.) einfach übernommen haben, in dem der Verfasser nicht genannt wird, sondern in dem der Übersetzer sich als Verfasser aufspielt. Wenn man sich ein polnisches Witzblatt ansieht, so findet man Karikaturen von Paul Simmel, Walter Trier pp., die ohne Namen erscheinen, weil sie einfach aus der „Berliner Illustrierten" „entnommen" sind, oder aus dem „Simplizissimus". Eine derartige Art und Weise, gegen das Urheberrecht zu verstoßen, findet man sonst nirgends. Es gibt Beispiele, die sich beliebig vermehren lassen. Es geht den deutschen Büchern in Polen genau so wie dem Film „Wilhelm Tell", der in der polnischen Presse als ein „Drama von Shakespeare" angegeben wurde. (Wenn der gute Shakespeare das wüßte, er würde sich im Grabe umdrehen, weil er solche Sachen nicht vertragen konnte!)

Ja man braucht zwar die Kulturwerke der deutschen Literatur, man verheimlicht aber ängstlich ihr Deutschsein. Hier hinein gehört die Affäre des Veit Stoß (der in Polen als Wit Stwosz figuriert). Es soll diese Tatsache hier festgehalten sein. - Jeder Kommentar überflüssig!

*

Vom Suezkanal und seiner Bedeutung für England hat jeder Mensch gehört, der die Zeitungen liest. Aber wer hätte das gedacht, daß auch in Polen ein Suezkanal existiert, der „ähnliche" Eigenschaften hat wie der Nil. Dieser Suezkanal fließt bei Königshütte und er ist ein Abflußgraben, der die Abwässer der Königshütte und des Krugschachtes dem „Rawastrom" zuführt . . . Wenn kein Regen kommt, so ist das ein harmloser Graben, der allerlei Düfte in die Lüfte sendet und ein beliebter Erholungsort der Mücken und Schweißfliegen ist. Kommt aber ein Regen, so wird der „Suezkanal" böse und heimtückisch, er tritt aus den Ufern und überschwemmt (Siehe Nil!) alle umliegenden Felder, sie in einen See verwandelnd. Alle Mühe und Arbeit der Anlieger ist dann in einigen Tagen vernichtet.

Früher — da hat man diesen Suezkanal noch öfter einer gründlichen Reinigung unterzogen. Man hat ihn oft geschlemmt, in Ordnung gehalten. Heute kümmert sich kein Mensch darum. Das Wasser überflutet nach jedem größeren Regen die umliegenden Felder, und bei großer Hitze verpestet das faulende Wasser, das nur schlecht abfließen kann, die ganze Umgebung. Besonders leidet darunter das städtische Krankenhaus in Königshütte, das sich in der Nähe befindet.

Nun wir wollen hoffen, daß dies anders wird, wenn erst das große Kanalprojekt, von Oberschlesien über Warschau zur Ostsee, fertiggestellt sein wird. Dann wird dieser Suezkanal ein wirklicher Suezkanal werden, der den Ruhm des Landes weit in die Welt hinaus trägt. Darum soll man heute darüber nicht schimpfen. Denn aus kleinen Dingen entwickeln sich große Sachen — warum soll es auch bei uns immer so bleiben. Der gute Wille ist jedenfalls vorhanden. Und das ist immerhin doch wenigstens etwas.

*

Irgendwo habe ich gelesen, daß die Grafschaft Windsor gegenwärtig von einer fürchterlichen Raupenplage heimgesucht war. Diese Raupen aber sind die merkwürdigsten Geschöpfe, die man sich denken kann. Sie werden so groß wie eine Banane (Ausgerechnet Banane!), und fressen alle Kartoffelstauden weg. Wenn man so einer Raupe zu nahe komt, so läßt sie ein „fürchterliches Geschrei" ertönen, das so ähnlich klingt, wie das „Piepsen einer Maus in Todesangst". Die Raupe kann man nur des Nachts jagen, am Tage verkriechen sie sich in Erdhöhlen . . Aber bisher hat alle Verfolgung nichts genutzt. Es gibt einfach kein Mittel dagegen. Nur eine Schlupfwespe soll die Angewohnheit haben, dieser Raupe an den Kragen zu gehen. Sie bohrt sich in den Leib hinein, um sich dort einzunisten und das Biest

□ **Moschin,** 10. September. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich gestern abend 8 Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe. Als der aus Kosten einfahrende Zug schon langsam fuhr, sprang der Eisenbahnkondukteur Filipiak aus Lissa so unglücklich aus dem Wagen, daß ihm beide Beine oberhalb der Knie zermalmt wurden und ebenso beide Arme. Ein Arzt leistete dem Verunglückten die erste Hilfe; der Verunglückte blieb bis zu seinem bald darauf erfolgenden Tode bei vollem Bewußtsein. Filipiak ist 29 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei kleinen Kindern.

* **Dirschau,** 10. September. Ein Kraftwagenunfall hat sich gestern früh in unserer Umgebung auf der nach Bromberg führenden Provinzialchaussee zwischen Narkau und Subkau ereignet. Ein der Automobilfirma Röhr-Danzig gehörendes Automobil, in dem der Mitinhaber dieser Firma als Führer des Wagens mit einer Dame Platz genommen hatte, ist nach der Durchfahrt durch hiesige Stadt nach Passieren des Dorfes Czarlin bei Narkau auf einen Chausseebaum aufgefahren, wobei das Gefährt schwer beschädigt wurde. Die Insassen erlitten glücklicherweise nur leichtere Verletzungen. Das sehr stark beschädigte Automobil wurde als „Anhänger" an einen Leiterwagen zur Stadt geschafft.

* **Graudenz,** 10. September. Über einen glücklichen Zufall wird der „Deutsch. Rundsch." von hier berichtet: Vor einigen Tagen wurde einem in der Lindenstraße wohnhaften Herrn ein Fahrrad entwendet. Alle Nachforschungen erwiesen sich als erfolglos. Während eines Spazierganges nun, den der Bestohlene am Sonntag machte, fuhr ihn auf dem Getreidemarkt ein unvorsichtig fahrender Radler an. Der Angefahrene stürzte zu Boden und im letzten Augenblick bemerkte er, daß die Maschine, mit der der andere stolz dahinraste, sein ihm gestohlenes Eigentum war. Der Radler wurde angehalten, und der rechtmäßige Besitzer des Rades kam wieder zu seinem Stahlrosse.

* **Krotoschin,** 10. September. Als kürzlich der Wagen eines Försters durch die Stadt fuhr, lief kurz vor einer Straßenbiegung das kleine, etwa vierjährige Kind eines hiesigen Gewerbetreibenden vor das Gefährt. Glücklicherweise gelang es dem Kutscher, die Pferde anzuhalten, so daß sie sofort standen. Dem Kinde ist so kein Leid geschehen.

* **Lissa,** 9. September. In der letzten Stadtverordnetensitzung gelangte als erster Gegenstand die Besprechung über die Restaurierung des Rathauses zur Verhandlung. Für den Abputz der Ost-, Süd- und Nordseite, sowie des Turmes waren im Etat 12 200 Zloty eingesetzt, nach dem Voranschlage der Baukommission. Dieser Betrag ist bisher schon weit überschritten, indem bereits 15 000 Zloty ausgegeben wurden. Bei dem Abputz stellte sich heraus, daß noch nicht vorgesehene Arbeiten zu erledigen waren, wie Dachdeckungsarbeiten, Abdeckung des Turmes, Renovierung der Zifferblätter der Turmuhr usw., ebenso muß die Westseite des Rathauses, die gleichfalls bei dem Anschlage nicht vorgesehen war, da sie vor dem Kriege bereits renoviert war, einige Ergänzungen erfahren, so daß noch ein Kostenaufwand von 11 000 Zloty für diese gesamten Arbeiten erforderlich ist. Nach längerer Verhandlung wurde dieser Betrag genehmigt. Dagegen lehnte die Versammlung die vom Magistrat vorgeschlagene Renovierung des Inneren des Rathauses, wie Neueinrichtung des Sitzungssaales und einzelner Bureauräume ab, für welche der Voranschlag 10 000 Zloty vorsieht, und wurde erst ein genauer Kostenanschlag vom Magistrat gefordert. Für dringende noch auszuführende Arbeiten, wie Erneuerung der Haupteingangstür an der Ostseite, Anbringung zweier Gedächtnistafeln usw. wurden noch weitere 3000 Zloty zur Verfügung gestellt.

* **Pinne,** 9. September. Die vom Distriktsamt Pinne am 24. Mai d. J. für die Ortschaft Zamorze angeordnete Hundesperre wurde aufgehoben.

* **Tuchel,** 10. September. Aus ländlichen Kreisen wird über die hiesige Volksbank Klage geführt und dem Kassenvorstand der Vorwurf gemacht, daß bei Anforderungen von Kredit die Geschäftswelt ungleich stärker berücksichtigt wird als die Landwirtschaft, obwohl die Bankmitglieder und Einleger zum größten Teil der ländlichen Bevölkerung angehören. Der Vorwurf trifft nicht zu. Bekannt ist doch die allgemeine Geldknappheit; wenn nun auch für gewisse Darlehnsanträge die Kreditgewährung fest zugesagt wurde, so kann der Kassenvorstand doch unmöglich zahlen, wenn Mittel nicht vorhanden sind. Die Kreditsuchenden, deren Darlehnsanträge genehmigt worden sind, müssen sich gedulden, die Anträge werden der Reihe nach erledigt, Bevorzugungen kommen, soviel in Erfahrung gebracht werden konnte, nicht vor. Die Geldnot bei den öffentlichen Kassen würde etwas gemindert werden, wenn der Sparsinn der Bevölkerung zunehmen würde; dieses ist leider noch nicht der Fall. Unserem Zloty, der doch ein hochwertiges Zahlungsmittel darstellt, wird noch nicht genügend getraut, das bewies u. a. auch der letzte hiesige Jahrmarkt. Der sogenannte „billige Mann" aus dem Osten machte rasende Geschäfte, das Geld mußte verausgabt werden. Vater, Mutter, Kind konnte man beladen mit unverpackten Stoffen den Heimweg antreten sehen. Der kleine Besitz und die Kätner stellten die Käufer. In diesen Kreisen befindet sich trotz allem Stöhnen Bargeld; es kommt nicht in die Banken aus Furcht, es könnte den neuen Einlagen ergehen wie den alten; besser Vorrat kaufen. Der heimische Geschäftsmann ist ihrer Meinung nach zu teuer, das Geld wandert in die Fremde.

* **Thorn,** 10. September. Ein eigenartiges Wasserfeuerwerk wurde Sonntag abend auf einer am jenseitigen Weichselufer liegenden Traft durch eine Ratte verursacht. Diese wurde von den Flößern gejagt und rannte in ihrer Angst in eine der Strohbuden. Hier stieß sie eine brennende Laterne um, und das Licht setzte die Bude sofort in Brand. Die Funken stiebten glühend gegen den dunklen Nachthimmel, und in zwei oder drei Minuten war von der ganzen Bude nichts mehr zu sehen, so gründlich hatten die Flammen ihr Zerstörungswerk vollendet. Der die Bude bewohnende Flößer büßte bei dem Vorfall einen Teil seiner Sachen ein.

* **Danzig,** 8. September. Über eine verhängnisvolle Floßfahrt wird berichtet: Vor einigen Tagen traf in Einlage ein Holztransport aus Polen ein, der auf seiner ganzen Reise vom Schicksal verfolgt wurde. Im Walde wurde beim Fällen der Stämme ein Mann erschlagen. Auf der Talfahrt ertrank ein Flößer, und in Einlage verbrannte in der Nacht vom 17. zum 18. August ein Flößer in seiner Strohbude; er hatte sich in angetrunkenem Zustande mit einer brennenden Zigarette in seiner Strohbude schlafen gelegt, hierbei gerieten das Strohlager und die Bude in Brand. Von den anderen auf dem Floße befindlichen Flößern wurde das Feuer erst bemerkt, als die Bude in hellen Flammen stand, worin man, nachdem der letzte Rest verbrannt war, den toten Flößer fand.

Aus Ostdeutschland.

* **Guhrau,** 8. September. Nachdem bereits vor Jahren beim Bau eines Feuerturms am Waldrand südlich des Dorfes Lübchen Urnenreste gefunden worden sind, wurden jetzt im Auftrage des Museums schlesischer Altertümer durch den Breslauer Archäologen Freiherrn von Richthofen Grabungen an der bezeichneten Stelle vorgenommen. Man stieß dabei auf die Reste eines heidnischen Gräberfeldes aus der Zeit der jüngeren Bronzezeit. Es wurden zwei Gräber mit Aschenurnen und zahlreichen gut erhaltenen Beigefäßen freigelegt.

* **Glubschin,** 8. September. Als die 17jährige Tochter des Besitzers Oldach aus Augustendorf vom Felde kam, ging sie an einem Mast der elektrischen Leitung vorüber, der gebrochen und umgefallen ist. Sie kam mit einem Fuß der Leitung zu nahe, sank in die Knie und konnte nur mit Mühe durch ihre Schwägerin losgelöst werden. Trotzdem ärztliche Hilfe hinzugezogen wurde, ist sie gestorben. Der Mast soll, nach Zeugenaussagen, bereits 14 Tage gebrochen so dagelegen haben.

* **Kammin,** 9. September. In dem benachbarten Dorfe Granzow, das kürzlich zum größten Teil abbrannte, kam der Gemeindevorsteher Emil Volkmann der elektrischen Starkstromleitung zu nahe und wurde dadurch tödlich verletzt.

* **Insterburg,** 6. September. Der Besitzer des Torfwerkes in Sprakten, Kr. Insterburg, Wilhelm Erlat, erschoß in seinem Roßgarten in Notwehr den Arbeiter Parakenings vom Gut Lindenberg, der im angetrunkenen Zustand von dem dortigen Gastwirt Kentrat beauftragt wurde, ein von Erlat in seinem Roßgarten zurückgehaltenes Pferd herauszuholen.

* **Cranz,** 6. September. Die in den 70er Jahren stehende Frau M. stand mit noch zwei Frauen vor dem Hotel Meeresblick. Auf dessen Veranda spielten mehrere Kinder, die Gegenstände herunterwarfen. Plötzlich brach Frau M. blutüberströmt zusammen. Die Kinder hatten eine Sektflasche heruntergeworfen und damit Frau M. so unglücklich getroffen, daß ihr die Schädeldecke eingedrückt wurde.

* **Podejuch,** 6. September. Der 70 Jahre alte Tischlermeister Käding in Pampow, Kr. Randow, fiel so unglücklich vom Heuboden, daß er kurz danach starb.

Sport und Spiel.

Von der polnischen Leichtathletik. Am 6., 7. und 8. September wurden im Sobieski-Park in Warschau die leichtathletischen Meisterschaften Polens zum Austrag gebracht. Lemberg, die Wiege der polnischen Leichtathletik, stellte keine Kämpfer, was unangenehm berührte. Die meisten Leichtathleten hatten „A. Z. S."-Warschau, „Polonia"-Warschau und „Cracovia" zur Stelle. Posen hatte 5 Teilnehmer angemeldet, von diesen wurden Gilewski und Łegowski beim 110-Meter-Hürdenlauf wegen Umwerfens dreier Hürden disqualifiziert. Beim Stabhochsprung sprang Adamczak mit einer leichten Quetschung 14 Zentimeter unter seinem Rekord, behauptete jedoch den Meistertitel gegen Rzepka, Majtkowski und Chełmicki, die sämtlich die Marke von 3,17 Meter erreichten. Bartosik wurde im 400-Meter-Hürdenlauf Dritter. Die meisten Siege fielen dem Warschauer „A. Z. S." zu. Was die individuellen Ergebnisse anlangt, so schnitt Cejzik von Polonia am besten ab. Neue Rekorde wurden im 400-Meter-Hürdenlauf (Kostrzewski), in der 4×400 Meter-Stafette (A. Z. S.-Warschau) und im Hammerwerfen (Cejzik) aufgestellt.

Ein neuer Boxklub in Posen ist in der Bildung begriffen und soll den Namen „Klub Pięściarstwa w Poznaniu" tragen. Der erste Kampfabend dieses Klubs soll Anfang Oktober stattfinden, unter Beteiligung von hervorragenden Boxkämpfern, wie: Nowak (Lodz), Ertmański, Kuczkowski und Stamm (Posen), Gotowała und Snopek (Inowrocław).

Die Tennismeisterschaft von Amerika errang zum fünften Male Tilden, der den Olympiadensieger Richards mit 4:6, 6:2, 8:6, 4:6, 6:4 schlug.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Die Arbeiten an der Eisenbahnbrücke ziehen sich in die Länge, und ihr Ende ist nicht abzusehen. Der Straßenbahnverkehr ist dadurch sehr erschwert. Man sollte meinen, daß sich die Straßenbahn den veränderten Verhältnissen vorübergehend anpassen würde, aber daran denkt sie leider nicht. Der erste vom Alten Markt 6.20 früh abgehende Wagen muß vor der Brücke so lange halten, bis die ersten vom Bahnhofe zur Stadt fahrenden Wagen vorüber sind. Die Pausen sind nun verschieden und hängen von der Ankunft des Warschauer Zuges ab. Alle Fahrgäste, die von der Stadt kommen und nicht auf den Bahnhof wollen, sondern ihren in Jersitz usw. liegenden Arbeitsstätten zueilen, verlassen deshalb den Wagen und legen den Rest der Strecke zu Fuß zurück. Auf diese Weise fahren sie für das volle Geld immer nur die halbe Strecke und werden geschädigt.

Ein ständiger Fahrgast.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

H. Zl. 26. Bevor wir Ihre Anfrage beantworten, wollen Sie uns zunächst erst einmal angeben, welche „deutsche Anleihe" Sie im Sinne haben.

aufzufressen. Also versucht man einen großen Transport Schlupfwespen zu kriegen, die diesen Bananenraupen ein Ende machen sollen.

Wie ich das gelesen habe, da wußte ich nicht mehr — ist diese Raupe eine Ente (Zeitungsente natürlich!) oder bildet sie wirklich den Schrecken dieses unglückseligen Landes. Hoffen wir, daß das erstere der Fall ist. Aber schließlich in unserer Zeit ist ja kein Ding unmöglich . . .

*

Daß die Amerikaner sehr originelle Leute sind, das wissen wir wohl. „Neuerdings" ist General Dawes (bekanntlichermaßen!) Präsidentschaftskandidat geworden. Ein solcher Posten ist mit allerlei unangenehmen Dingen verknüpft. Ein so großer Mann wird interviewt, photographiert, gefilmt, bestürmt, gefragt, mit Beschimpfungen beworfen, gelobt — kurz er ist in aller Leute Mund. Auch Dawes geht es so. Doch ihm gefällt das nicht. (Als ob er gefragt würde!)

Eines schönen Tages drängelt sich eine Unmenge Journalisten, Photographen, Operateure um ihn herum, doch er will nicht gefragt und geknipst sein. Er flucht wie ein Dragoner, zieht aus seiner Shagpfeife ungeheure Wolken, die er in die Luft bläst und schreit jedem entgegen: „Gehen sie mir aus dem Wege, ich will verdammt sein, wenn ich einem von Euch nur eine Antwort gebe!" Alles Zureden nützt gar nichts. „Der Teufel soll die ganze Bande holen!" das ist seine ganze Antwort. Was kann man da machen. Alle Aufdringlichkeit hilft gar nichts. Herr Dawes flucht wie ein Dragoner und wünscht die ganze Welt zum Teufel.

Das wird ein Präsidentschaftskandidat, wie man sich ihn wünschen kann. Und bei der nächsten Abrüstungskonferenz werden wir unser blaues Wunder erleben. Und er hat eigentlich gar nicht so Unrecht. Diese Journalisten fallen einem mitunter doch auf die Nerven. Aber nur die anderen natürlich. Sich selber hält man immer für ein großes, helles und unübertrefflich schönes Licht!

Max Stacheldraht.

Zum Beginn der Theatersaison.

Am heutigen Donnerstag, dem 11. September, öffnet das Große Theater in Posen wieder seine Pforten, um mit Moniuszkos „Straszny Dwór" (Gespensterschloß) die neue Spielzeit zu eröffnen. Herr Direktor Stermich hat die Posener Vertreter der Zeitungen zu einer Besprechung eingeladen und diese Gelegenheit benutzt, um die Vertreter zu unterrichten. Die Pläne, die das Theater hat, sind recht erfreulich, und es ist nur zu wünschen, daß sie auch zur Ausführung gelangen.

Das Opernpersonal ist nunmehr ziemlich komplett. Der einzige Mangel, den das Theater auch in diesem Jahre hat, ist der, daß kein wirklicher Heldentenor zu gewinnen war. Es wird allgemeine Zufriedenheit erwecken, daß Fräulein Bandrowska und Herr Woliński auch in diesem Jahre wieder verpflichtet sind.

Was das Repertoire anbelangt, so sind verschiedene Neuaufführungen geplant. Zur Aufführung sollen gelangen: „Eros und Psyche" von Rożycki, „Ariadne auf Naxos" von Richard Strauß, „Othello" von Verdi, „Figaros Hochzeit" und „Zauberflöte" von Mozart, „Evangelimann" von Kienzl. Als besondere Neuheit wird die Uraufführung (wahrscheinlich schon Anfang Oktober) der „Baltischen Ballade" von Nowowiejski stattfinden. Nowowiejski ist ein Posener Kind, der auch seinen Wohnsitz hier aufgeschlagen hat, und dessen Schaffen weit über seine Vaterstadt hinaus bekannt geworden ist. Die „Baltische Ballade" ist eine Komposition sinfonischen Charakters, in der Sinfonie mit Bühnenhandlung verquickt ist. Dieses Werk wird wahrscheinlich in weiteren Kreisen Interesse erwecken. (Über das Werk wird noch zu sprechen sein.)

Falls ein guter Heldentenor zu gewinnen sein wird, soll Wagners „Siegfried" einstudiert werden. Desgleichen wird eine neue Einstudierung der „Walküre" geplant.

Von Operetten sind in Aussicht genommen Offenbachs „Orpheus" und „Geisha" oder „Der Mikado".

Sehr zu loben ist das Vorhaben des Herrn Direktor Stermich, die Sinfoniekonzerte zu pflegen. Es werden im ganzen Jahre wahrscheinlich 8 Sinfoniekonzerte stattfinden, von denen Herr Direktor Stermich 4 Konzerte selbst dirigieren wird, während zu den übrigen Konzerten ausländische Dirigenten gewonnen werden sollen. U. a. soll der bekannte Wiener Komponist und Dirigent Weingartner nach Posen kommen.

Zur Unterstützung des Direktors ist der Kapellmeister Herr Eichstaedt an die hiesige Oper verpflichtet worden.

Das Opernpersonal ist mit großer Lust und Liebe bei der Arbeit, und die Direktion ist fest davon überzeugt, daß auch in dieser kommenden Spielzeit alles versucht werden wird, um die Oper auf der erreichten Höhe zu halten.

Mit neuer Hoffnung und neuer Kraft wird jetzt wieder gearbeitet. Möge die Arbeit des Posener Großen Theaters vom Erfolg begünstigt sein! Eine Bühne, wie es die Posener Oper ist, hat die Pflicht, in jeder Weise zur Förderung des Kulturstrebens beizutragen. Nationale Momente sollen nicht betont werden, denn die Kunst ist die Kraft, die die Menschheit bindet und sie zu den Höhen der wahren Menschlichkeit führt.

rst.

Moderne Piraten.

Das trockene Amerika.

Der Alkoholschmuggel nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt wiederholten Anlaß zu Seeräubereien großen Stils. Der französische Dampfer „Mulhouse", 2500 Tonnen fassend, der im Jahre 1919 im japanischen Dock gebaut wurde und einen Wert von 3½ Millionen Dollar besitzt, ging von Kanada in der Richtung der Insel Babramas mit einer Besatzung von 30 Mann ab. Seine Ladung bestand aus 36 000 Kisten alkoholischer Getränke, welche einen Wert von 10 Millionen Frank repräsentierten. Offenbar war das Ware, die zum Schmuggel nach dem „trockenen" Amerika bestimmt war. Das Schiff hatte weder das Recht, in territorialen Gewässern Amerikas zu fahren noch auf der Insel Bahomar zu landen.

Als das Schiff sich auf offenem Meere befand und auf Instruktionen wartete, näherte sich ihm ein kleiner Segler „Patava" und gab durch Signale zu verstehen, daß er für den Kapitän des Dampfers eilige und wichtige Informationen besitze. Der Kommandant des „Patava" und zwei Matrosen begaben sich darauf an Bord des Dampfers und wurden vom Kapitän desselben aufgenommen.

Es begann nun eine längere Konversation, doch der Kapitän wartete vergebens auf die „wichtigen" und „eiligen" Informationen. Zuletzt jedoch rief er voll Ungeduld: „Was waren das für Neuigkeiten, die eilig und wichtig waren?" — „Dieses sind die Neuigkeiten" — mit den Worten zogen der Kapitän des Seglers und seine Leute Revolver aus den Taschen und richteten sie auf den Kapitän des „Mulhouse". In demselben Moment erhob sich ein unerhörter Tumult. Fünfundzwanzig bis an die Zähne bewaffnete Männer, die sich bisher auf dem Segler versteckt gehalten hatten, kamen mit einer katzenartigen Geschwindigkeit auf Deck des Dampfers.

Unterdessen kam von der anderen Seite des Dampfers ein Motorboot, das ebenfalls mit bewaffneten Männern besetzt war, die sich auch sofort auf Deck des Dampfers begaben. Mit Leichtigkeit wurde die Mannschaft des Dampfers überwältigt, die auf einen derartigen Überfall nicht vorbereitet war. Der Kommandant des „Mulhouse" wurde in der Kajüte eingesperrt und vor der Tür ein Posten aufgestellt. Die Mannschaft des Schiffes wurde in den untersten Schiffsraum gesperrt, und nur zweimal täglich kam sie ans Tageslicht um Lebensmittel für ihren Bedarf einzuholen. In einem solchen Moment hat der Kapitän des „Mulhouse" bemerkt, daß in der Nähe seines Dampfers sich eine ganze Piratenflotte zusammengefunden hatte; es waren mindestens zehn kleinere Schiffe, die den Piraten gehörten.

Endlich am zehnten Tage verließen die Piraten das Schiff. Die Banditen sind jedoch sehr vorsichtig zu Werke gegangen, denn klugerweise ließen sie tausend Kisten Likör auf dem Schiffe zurück, um der Mannschaft die Landung an der Küste der Vereinigten Staaten von Nordamerika unmöglich zu machen.

Jedenfalls hat die Neuyorker Polizei bereits die Fährte der Banditen aufgefunden, und wenn es gelingen sollte, ihrer habhaft zu werden, so müssen sie der französischen Regierung ausgeliefert werden. Da dieser Überfall auf offenem Meere ausgeführt wurde, unterliegt er der Gerichtskompetenz des Staates, dem das überfallene Schiff gehörte.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Wirtschaft.

§ **Die Frage der polnischen Getreideausfuhr** hat die Warschauer Regierung in den letzten Tagen wiederholt beraten. U. a. fand im Finanzministerium eine Sitzung mit Vertretern der Getreideausfuhr-Interessenten statt, wobei Minister-Präsident Grabski erklärte, das Steigen der polnischen Getreidepreise und ihre Anpassung an den Weltmarktstand sei durch die Mißernte und den in letzter Zeit verstärkten Getreideexport verursacht worden. Es bestände die Gefahr, daß man im nächsten Frühjahr Getreide importieren müsse. Auf der anderen Seite sei die Kaufkraft der Landbevölkerung bereits soweit gekräftigt, daß eine weitere Hebung der Preise für landwirtschaftliche Produkte gegenüber den Preisen für Industrie-Erzeugnisse (Ausgleich der sog. Scheine) nicht mehr erforderlich erscheine. Zum Schluß wurde eine Übereinstimmig darin erzielt, daß die Zölle für Importmehl aufgehoben und die Ausfuhrabgaben, je nach dem Maße der Notwendigkeit die Deckung des heimischen Bedarfs zu sichern, erhöht werden sollen. Daraufhin hat der Wirtschaftsausschuß des Ministerrates in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Einfuhrzölle für Mehl aufzuheben und die Ausfuhrzölle für Roggen von 15 auf 25 Złoty zu erhöhen. Im übrigen bleibt es bei der durch Gesetz erfolgten Aufhebung der Reglementierung der Getreideausfuhr und auch von der in den letzten Wochen noch in Kraft gebliebenen Formalität der Erteilung von Ausfuhrscheinen soll fortan ganz abgesehen werden. Hiernach besteht also für Polen theoretisch und gesetzlich die vollkommene Freigabe des Getreideexports. In der Praxis kann er aber durch Ausfuhrzölle, deren Höhe die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu bestimmen befugt sein wird, je nach Bedarf abgedrosselt oder völlig unterbunden werden.

Exportfirmen, die auf Grund von Ausfuhrscheinen Getreide exportiert haben, können die Ausfuhrabgaben für die restlichen Lieferungen, die infolge der neuen Maßnahmen nicht mehr ausgeführt werden können, zurückerhalten. Was die Fälle anbetrifft, in denen polnische Exporteure auf Grund der früher abgeschlossenen Transaktionen bereits größere Anzahlungen erhalten haben, so verlautet, daß das Finanzministerium die Ausfuhr von Getreidemengen zulassen wird, die der Höhe der schon geleisteten Anzahlungen entsprechen oder zur Erfüllung alter Lieferungsverpflichtungen dienen sollen.

Verkehr.

↗ **Herabsetzung polnischer Transittarife.** Nach einer Bekanntmachung im „Dziennik Ustaw" Nr. 72 erfolgt für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1924 die Berechnung der Frachten im Transitverkehr mit Getreide und Hülsenfrüchten nach Punkt 2) des ermäßigten Eisenbahntarifes, unter der Bedingung, daß der Absender den Export aus Polen nachweist und mindestens 150 Waggons monatlich aufgibt. Die Eisenbahnfrachten werden im allgemeinen bei der Aufgabestation, bei Transporten nach Danzig dortselbst nach Klasse 4 für die ganze Entfernung bezahlt. Die 20prozentige Ermäßigung wird von derjenigen Eisenbahndirektion zurückvergütet, in deren Bereich sich die Station befindet, auf welcher die Einfuhr nach Polen erfolgt. Diese Ermäßigung gilt für den rumänisch-deutschen und tschechoslowakischen Transitverkehr von der polnischen Grenze bei Sniatyn-Zalucze an die Grenze bei den Stationen Kaczory (Erpel), Drawski Młyn, Zbąszyń (Bentschen), Leszno (Lissa), Makoszowy Makoschau und Zebrzydowice sowie nach Danzig-Neufahrwasser-Freibezirk-Weichselbahnhof-Zollinland-Holm-Kaiserhafen.

Für dieselbe Zeit gilt für den tschechoslowakisch-deutsch-rumänischen Transitverkehr mit Eisenwaren und Maschinen der Tarif der Klasse 5, und zwar für den Verkehr von der polnischen Grenze bei Zebrzydowice und Chewzie nach der polnischen Grenze bei Sniatyn-Zalucze. Ferner wird für den russisch-deutsch-tschechoslowakischen Transitverkehr mit Eiern für bestimmte Grenzstationen und unter gewissen Bedingungen für den gleichen Zeitraum die Fracht nach Punkt 2 des ermäßigten polnischen Eisenbahntarifs berechnet.

Von den Märkten.

Von den polnischen Holzmärkten. Auf dem Krakauer Holzmarkte hält der Stillstand weiter an. Die Preise sind unverändert und betrugen in Dollar pro Kbm. Eichenholzklötze für Sägewerke 8, für den Export zur Herstellung von Fournieren 15, Tischlerbretter 22, Bretter für den Waggonbau 19, Rundklötze für Sägewerke in Tanne und Fichte 2,75, Baumaterial und Bretter 5, Tischlerbretter 8, geschnittene Balken 4, Grubenholz in Tanne und Kiefer 2,25.

Auf dem Lubliner Holzmarkte notierte die dortige A.-G. für Holzindustrie in Złoty loko Verladestation: Holzmaterial für Zimmerleute je nach Gattung 30—40, für Tischler prima Qualität 40—45, für Kisten 20—30. Bei vergrößerte Nachfrage ist die Haltung reserviert.

Auf dem Łucker Holzmarkte zahlte man für 100 Kg. in Złoty loko Waggon der Verladestation: Retorten-Holzkohle aus Laubholz 5—5,50, Teer aus Laubholz 7—9.

Auf dem Bielitzer Holzmarkte ist die Nachfrage nach Grubenholz infolge des Bergarbeiterstreiks stark zurückgegangen. Mit Deutschland wurden in der letzten Zeit keine größeren Geschäfte abgeschlossen, da die Preise für den deutschen Handel noch zu hoch liegen. Der Export von polnischem Holz nach Frankreich ist ebenfalls jetzt unmöglich, da die deutsch-österreichischen Firmen das Holz zu günstigeren Bedingungen liefern. Dagegen hat sich der Handel mit England, besonders mit weichem Holze belebt. In der letzten Zeit traten mehrere Nachfragen ein, und zwar in den Abmessungen 2 × 3 " bis 3 × 7 ", so daß einige größere Transaktionen mit England und Argentinien abgeschlossen werden konnten. Die erlangten Preise betragen bis zu 10 Dollar je Kbm. franko Waggon Danzig.

In Sarny (Polnisch-Litauen) hat der größte Teil der Sägewerke die Arbeit aus Mangel an Aufträgen eingestellt. Der große Waldreichtum in dieser Gegend kann augenblicklich nicht ausgenutzt werden, da das Holz in Danzig, wohin es größtenteils ging, keinen Absatz findet. Der Handel mit Brennholz liegt ebenfalls darnieder, da die Eisenbahnfrachtkosten trotz Ermäßigung noch immer zu hoch sind. Bei den geringen Geschäften, die abgeschlossen wurden, zahlte man in Złoty: für Grubenholz 8,50—9, beschnittene Bretter 27,50—28, 2- und 2½zöllige Balken 32—33 (in Fichte um 10—15 Proz. billiger.

Metalle. Berlin, 10. September. Elektrol. Kupfer (wire bars) 127,75, Raff. Kupfer 1,14—1,15, Orig. Hüttenweichblei 0,62 bis 0,64, Hüttenrohzink 0,63—0,64, Remelted Plattenzink 0,53 bis 0,55, Orig. Aluminium (98—99 Prozent) 2,40—2,30, in Barren, gewalzt und gezogen (99 Prozent) 2,40—2,50, Zinn (Banka, Straits, Austral) 4,75—4,85, Hüttenzinn 4,65—4,75, Reinnickel 2,60—2,70, Antimon Regulus 0,82—0,87, Silber in Barren 900 fein 95,00—96,00, Gold 2,81—2,82, Platin 14,20—14,40.

Edelmetalle. Berlin, 10. September. Gold im freien Verkehr 2,80—2,81, Platin 14,00.

London, 9. September. Diskont 3¾, Silber bar 35,00, drei Monate 35,00, Gold 93,5.

Neuyork, 9. September. Diskont 2, inl. Silber 69,00, ausl. Silber 69,00.

Metallene Halbfabrikate. Berlin, 10. September. Aluminiumbleche, Drähte, Stangen 3.20, Aluminiumrohr 5.00, Kupferbleche 1.87, Kupferdrähte, Stangen 1.65, Kupferrohre o. N. 2.05, Kupferschalen 2.60, Messingbleche, Bänder, Drähte 1.68, Messingstangen 1.35, Messingrohre o. N. 1.80, Messingkronenrohr 2.00, Tombak, mitelrot, Bleche, Drähte, Stangen 2.05, Neusilberbleche, Drähte, Stangen 2.85, Schlaglot 1.90.

Altmetalle. Berlin, 10. September. Elektrolyt-Altkupfer 112—114, Altrotguß 95—97, Messingspäne 75—76, Gußmessing 80—81, Messingabfälle 94—95, Altzink 41—43, neue Zinkabfälle 52—54, Altweichblei 54—56, Aluminium-Blechabfälle 175—180.

Börsen.

⧧ **Der Złoty am 10. September 1924.** Danzig: 108.47 bis 109.03, Ausz. Warschau 107.98—108.52, **Neuyork:** Ausz. Warschau 19.25, **London:** Ausz. Warschau 23.05, **Zürich:** Ausz. Warschau 102.50, **Wien:** 13 620, Ausz. Warschau 13 570—13 670, **Prag:** 650.50—656.50, Ausz. Warschau 653—659.

⧧ **Ostdevisen in Berlin vom 9. September.** Freiverkehr. (Kurse: in Billionen Mark für je 100 Einheiten.) Auszahlung, Warschau 79.69 G., 81.31 B., Bukarest 2.18 G., 2.20 B., Riga —.— G., —.— B., Reval 0.99 G., 1.01 B., Kowno 41.38 G., 42.17 B., Kattowitz 59.59 G., 81.21 B., Posen 79.79 G., 81.41 B. — Noten: polnische 77.75 G., 81.75 B., lettische 78.25 G., 82.25 Br., estnische 0.95 G., 0.99 B., litauische 39.25 G., 41.35 B.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty

Wertpapiere und Obligationen:	11. September	10. September
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	6.00—5.90—5.95	—.—
Bony Złote	—.—	0.83
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	4.75	4.75
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	8.50	8.40
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	—.—	3.30—3.40
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	3.60	3.60
Bank Młynarzy I.—II. Em.	0.45	—.—
Industrieaktien		
H. Cegielski I.—IX. Em.	—.—	0.90
Centrala Drzewna I.—II. Em.	—.—	0.65
Garbarnia Sawicki, Opalenica I.—II. Em.	—.—	0.40
C. Hartwig I.—VII. Em.	0.80	—.—
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	0.40	0.40
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	—.—	7
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	85	83
Dr. Roman May I.—V. Em.	30.50—30—31	32—31.75
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	0.70	0.70
Płótno I.—III. Em.	—.—	0.50-0.45-0.50
Serohygica I. Em.	3	—.—
Tkanina I.—V. Em.	1	—.—
Tri I.—III. Em.	9	—.—
„Unja" (früher Bentzki) I.—III. Em.	9.75	9.50—10
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	2.40	—.—

Tendenz: fest.

⧧ **Warschauer Börse vom 10. September 1924.** Es notieren Bankwerte: Dyskontowy 6.98, Handlowy 9.80, Przemysłowy 0.56, Zachodni 2.70, Zw. Sp. Zarobk. 8.70; Industriewerte: Cerata 0.32, Sole 6.25, Kijewski 0.32, Spieß 1.40, Strem 14.50, Zgierz 3.50, Elektryczność 2.20, Siła i Światło 0.70, Chodorow 6.75, Częstocice 3.20, Gosławice 2.80, Michalow 0.80, W. T. F. Cukru 6.10, W. T. K. Węgla 8.58, Nobel 2.20, Cegielski 0.92, Fitzner u. Gamper 8.25, Lilpop 0.98, Modrzejewski 7.20, Norblin 0.98, Orthwein 0.30, Pocisk 2.40, Rudzki 2.05, Starachowice 4.00, Ursus 3.25, Wulkan 3.65, Konopie 0.80, Zawiercie 40.00, Zyrardow I. 31.50, II. 26.90, Haberbusch 6.85, Spiritus 2.70.

⧧ **Berliner Börse vom 10. September 1924.** (Amtlich.) Helsingfors 10.47, Wien 5.915, Prag 12.535, Budapest 5,44, Sofia 3.05 Amsterdam 160.30, Christiania 50.12, Kopenhagen 71.12, Stockholm 111.22, London 18.615, Buenos Aires 1.425, Neuyork 4.19, Brüssel 20.85, Mailand 18.20, Paris 22.09, Schweiz 78.55, Madrid 54.61, Danzig 74.31, Tokio 1.705, Belgrad 5.52, Portugal 11.97, Konstantinopel 2.28.

⧧ **Danziger Börse vom 10. September 1924.** (Amtlich.) London 25.0375, Scheck 25.0175, Schweiz 105.03—106.07, Berlin 133.914 bis 134.586, Rentenmark 133.914—135.586.

⧧ **Züricher Börse vom 10. September 1924.** (Amtlich.) Paris 28.075, London 23.68, Neuyork 5.33, Brüssel 26.50, Mailand 23.25, Madrid 70.00, Amsterdam 204.00, Berlin 126.75, Wien 75.10, Stockholm 141.25, Christiania 73.00, Kopenhagen 90.25, Sofia 3.875, Prag 15.95, Budapest 69.00, Belgrad 6.95, Athen 9.60, Konstantinopel 2.65, Bukarest 2.80, Helsingfors 13.375.

⧧ **1 Gramm Feingold zum 11. September 1924** (Monitor Polski Nr. 207) 3.4505 zł.

Warschauer Vorbörse vom 11. September.

(In Złoty)

Dollar 5.21¼. Engl. Pfund 23.12. Schweiz. Franken 96.50. Franz. Franken 27.60. 1 Rentenmark (errechnet aus dem Mittelkurs des Danziger Guldens) 1.25¾.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.